



Thema	 Rolf Besten	 Dr. Anno Jansen-Winkel	 Lothar Beine	 Helmut Schaper	 Karl Sasserath	 Erich Oberem
--------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------







**Inhalte der
(nicht gehaltenen) Reden
der im Rat der Stadt Mönchengladbach
vertretenen Parteien
zum Haushaltsentwurf 2009**

- Themenbezogene Gegenüberstellung der Aussagen –

Stand: 17. Dezember 2008







Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Neue Haushalts-systematik (NKF)	<p>... zum ersten Mal liegt uns ein Haushaltsplan der Stadt Mönchengladbach vor, der vollständig nach den Vorgaben des Neuen Kommunalen Finanzmanagements dargestellt ist. Wir alle haben uns in den vergangenen Wochen die simple Frage gestellt haben: „Was bringt uns das?“</p> <p>Für die CDU-Fraktion kann ich festhalten: Wir alle tun uns noch schwer im Umgang mit diesem umfangreichen Zahlenwerk, das mit der bisherigen kameralistischen Darstellung nicht mehr vergleichbar ist.</p>					<p>Der Haushalt ist nach einem neuen System aufgebaut. Es ist nicht die Wunderwaffe für Erkenntnisse. Ganz im Gegenteil! Die Gewinnung von Erkenntnissen ist nur eingeschränkt möglich.</p> <p>Das System dient nur dem, der auch den Zugriff auf die Produktsachkonten hat. Sie, meine Damen und Herrn als Rat der Stadt sind durch das System aus der Position des allzuständigen Organs faktisch verdrängt.</p> <p>Faktisch hat der Oberbürgermeister durch die Einführung dieses System die Position wie ein Vorstand einer Aktiengesellschaft erworben und der Rat faktisch nur noch die Stellung eines Aufsichtsrates.</p> <p>Prüfen Sie es selbst an nur einem Beispiel: der Zuschussgewährung an die Marketinggesellschaft.</p>

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach






Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Rahmenbedingungen	<p>Unschwer festzustellen ist allerdings, dass die Haushaltslage der Stadt Mönchengladbach grundsätzlich sehr schlecht ist und bleibt; niemand tritt an, diese Situation schön zu reden. Die CDU stellt sich dennoch der Verantwortung für diesen Haushalt, den sich jeder anders wünscht, der aber aufgrund der Rahmenbedingungen nicht besser aufzustellen ist.</p> <p>Festzustellen ist auch, dass die schlechte, um nicht zu sagen dramatische Situation nahezu ausschließlich auf Faktoren zurückzuführen ist, auf die Politik vor Ort keinen Einfluss hat.</p>		<p>Eine Woche vor Heiligabend brennt in Mönchengladbach der Baum. Nicht nur bei der Borussia, sondern auch in unserer Stadt, wenn wir uns den Haushalt angucken, den wir hier und heute beschließen sollen. Denn die Zahlen des Haushalts besagen schlicht zweierlei in nicht zu überbietender Klarheit und Deutlichkeit:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wir sind spätestens 2020 überschuldet. Ich betone spätestens, denn nach der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Entwicklung und deren Folgen müssen wir davon ausgehen, dass dieser Zeitpunkt schon erheblich früher kommen wird. 2. Wir alle - Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und Institutionen - müssen damit rechnen, dass bereits in Kürze in unserer Stadt nichts mehr laufen wird. Oberhausen und Duisburg lassen grüßen. <p>Höchst bizarr erscheint in diesem Zusammenhang, dass es dann noch Mitglieder des Rates gibt, die unter dem brennenden Baum das Lied „Heute Kinder wird's was geben ...“ anstimmen und meinen, wenige Monate vor der Kommunalwahl Geschenke verteilen zu können. Zum Beispiel den Konstantinplatz in Giesenkirchen: Zu 100 Prozent von der Stadt bezahlt, auf Zuschüsse des Landes wird verzichtet. Nach dem Motto: „Wenn wir schon kein Geld haben, dann zahlen wir auch alles“.</p> <p>Fatal nur, dass nicht die Mehrheit des Rates, die solche Geschenke macht, bezahlt. Auch nicht wir alle hier oder die Bürgerinnen und Bürger aus Giesenkirchen oder aus unserer Gesamtstadt.</p> <p>Nein, fatal ist, dass diese Geschenke unsere Kinder und Enkel bezahlen, weil wir schon lange „auf Pump“ leben. Dieser Haushalt zeigt, dass wir 2009 Ressourcen bei den nächsten Generationen von über 10 % der Aufwendungen „pumpen“!</p> <p>Fatal ist auch, dass dieser Haushalt keine Zukunft, keine Perspektiven aufzeigt. Ein „weiter so“ bis zur Pleite und darüber hinaus? In welcher Stadt sollen unsere Kinder und Enkel leben? In welcher Gesellschaft, wenn wir keine Perspektiven schaffen?</p>	<p>Der von Herrn Kuckels eingebrachte Haushaltsentwurf ist nicht genehmigungsfähig. Das ist mittlerweile zwar keine schöne, aber immerhin schon längere Tradition in unserer Stadt. Vor dem Hintergrund der längerfristig vorgelegten Prognose, dass ab 2020 das städtische Vermögen verfrüht ist, muss aus unserer Sicht festgestellt werden, dass Mönchengladbach aus eigener Kraft weder kurz- noch langfristig in der Lage sein wird, einen genehmigungsfähigen bzw. ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Geschweige denn die Altfehlbeträge zu tilgen.</p>	<p>Die finanzielle Lage in Mönchengladbach ist schlimm, keine Frage. Noch aber sind wir nicht in der Situation von Oberhausen – wir können noch handeln! Wir: das heißt, Bürger, Vereine und Verbände und die Parteien gemeinsam. Das erfordert einfach der Umfang mit den Problemen. Es hat wenig Sinn, wie in der Vergangenheit leider viel zu oft geschehen, einen Gutachter nach dem anderen zu beauftragen, um herauszufinden, was wir sowieso schon wissen.</p>	



Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Neue Systematik macht Probleme transparent	<p>Die neue Systematik löst das grundsätzliche Problem in keiner Weise. Schon heute ist absehbar, dass bei unveränderten Rahmenbedingungen das ausgewiesene Eigenkapital Jahr für Jahr abschmilzt und nach dem heutigen Stand im Jahr 2020 aufgezehrt sein wird. Dann steht die Stadt Mönchengladbach vor der Überschuldung.</p> <p>Wenn man so will, ist diese Erkenntnis ein Ergebnis der neuen Haushaltssystematik. Sie zeigt uns vor allem dadurch, dass erstmals Abschreibungen auf die städtischen Vermögenswerte dargestellt werden, klar den Verbrauch der Ressourcen auf. Weiterhin werden erstmals Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen dargestellt.</p> <p>Bei der Analyse des Haushaltsplans möchte ich nur wenige Zahlen nennen, die zu einem originären Defizit – also einem Fehlbedarf im Haushaltsjahr 2009 – von 117 Millionen Euro führen:</p>	<p>Meine Damen, meine Herren, die Lage der Stadt Mönchengladbach ist nicht schlecht -sie ist katastrophal, desaströs, verzweifelt oder bestenfalls aussichtslos. Ein schlichtes „schlecht“ beschreibt die Haushaltslage so wenig wie „schlechtes Wetter“ einen Hurrikan.</p> <p>117 bzw. 118 Millionen nach den Beschlüssen zur Ersatzspielstätte -neues Defizit allein in diesem Jahr.</p> <p>Schreiben Sie sich die Zahl einfach nur mal auf: 118 Millionen. Und dabei ist es egal, ob es sich hierbei um Defizit aus AFA oder der Realisierung von Verlusten oder gar um Wertberichtigungen handelt.</p> <p>Das ist der Witz der neuen Bilanz, des NKF, die wir hier vor uns liegen haben: Sie gibt ein viel ehrlicheres Bild als Haushalte in der vergangenen Zeit. Defizit ist Defizit. Und 118 Millionen Defiziterhöhung bedeutet nichts anderes, als dass die Stadt, als dass die Bürger dieser Stadt um 118 Millionen ärmer werden im Jahre 2009.</p>	<p>Ich bin von daher froh, dass wir mit diesem Haushalt 2009 einen Systemwechsel vollzogen haben, der uns nicht nur ermöglicht, wirtschaftliche Auswirkungen unserer Entscheidungen zukünftig besser zu beurteilen, sondern uns dazu verpflichtet.</p> <p>Die Umstellung ist für Viele hier im Rat sicher sehr schwierig gewesen. Die Haushaltsberatungen haben es gezeigt. Vor allem auch deshalb, weil die Vergleichszahlen aus den Vorjahren fehlen.</p> <p>Besonders schwierig und eine große Herausforderung ist diese Umstellung auf NKF für die Mitarbeiterinnen der Verwaltung gewesen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle im Namen der SPD-Fraktion ein ganz herzliches und ehrliches „Danke – schön“ an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerei und andere beteiligte Bereiche richten. Ich weiß, wie viel Arbeit dahinter steckt und wie viele Überstunden geleistet worden sind. Meine Anerkennung.</p> <p>Im ersten Jahr des Systemwechsels, also der Bilanzierung oder des NKF -Haushalts, haben sich die Blicke – zumindest meine – vorrangig auf mehrere Daten gerichtet:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wie sieht die Eröffnungsbilanz aus? ▪ Wie hoch ist das Vermögen? ▪ Wie hoch ist das Eigenkapital? ▪ Wie hoch der wirtschaftliche Verlust? ▪ Wie stellt sich die weitere Entwicklung dar? <p>Bemängeln möchte ich an der Arbeit der Verwaltung hauptsächlich, dass ich mir nicht nur die rudimentären Angaben zur Eröffnungsbilanz gewünscht hätte, sondern schon etwas detailliertere Angaben zu Anlagevermögen, Umlaufvermögen oder auch Rückstellungen.</p>			<p>... viel hatten Sie, meine Herren Vorsitzenden von CDU und FDP, ja nicht zu melden. Ihre übereinstimmende Botschaft war die:</p> <p>Unsere Haushaltslage ist schlecht, weil Bund und Land so schlecht zu uns sind;</p> <p>Trotzdem wollen CDU und FDP großzügig die Verantwortung für diesen Haushalt übernehmen.</p> <p>Das hörten wir nicht zu ersten Male. Alle Jahre wieder kommen Sie mit dieser Erklärung. Dabei ist Ihnen schon vor Jahren von der FWG-Fraktion bewiesen worden, dass die Haushaltsmisere dieser Stadt hausgemacht und nicht von außen aufgezwungen worden ist. Sie haben die Unterlage. Lesen Sie nach. Wer anders als Sie, glauben Sie, soll vor diesem Hintergrund denn die Verantwortung übernehmen für das, was Sie in dieser Stadt angerichtet haben.</p> <p>Der Haushalt lässt leider keine differenzierte Abstimmung über seine Inhalte zu. Deshalb müssen die Teile, die Sie nicht nachteilig beeinflusst haben, ebenso allein von Ihnen verantwortet werden, wie die übrigen, in denen sich Ihr vernichtender Einfluss niedergeschlagen hat.</p> <p>Die vorausgegangene Diskussion in dieser Sitzung zeigt beispielhaft und schlaglichtartig auf, wie Sie und mit welchen Folgen Sie zum wirtschaftlichen Nachteil der Stadt handeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund von „Verantwortung“ zu reden, ist geradezu zynisch.</p>

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Schuldenstand		<p>Und es gibt auch keine Schulden 1. oder 2. Klasse. Der Schuldenstand wächst plangemäß im Jahre 2009 auf 1.068 Millionen Euro. Verlassen wir uns auf den Plan, ist unser wirtschaftliches Eigenkapital in spätestens 10 Jahren aufgezehrt. Jeder hier im Saal weiß aber, dass dies bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die im Augenblick herrschen, wesentlich anders laufen wird. Die Weltwirtschaftskrise geht nicht an Mönchengladbach vorbei. Die Sozialausgaben werden exponentiell in die Höhe schießen und die Steuereinnahmen katastrophal sinken. Ich prophezeie Ihnen, dass das wirtschaftliche Eigenkapital bereits in 5 oder 6 Jahren aufgebraucht sein wird.</p>	<p>Bei den kameralen Haushalten der letzten Jahre waren meistens zwei Zahlen von großer Bedeutung und Beachtung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das ausgewiesene originäre Defizit und 2. die Höhe der Schulden. <p>Angesichts der Höhe der ausgewiesenen Schulden wurde schnell von Überschuldung gesprochen, ohne jedoch die Vermögenssituation unserer Stadt zu kennen. Es wurde einseitig auf die Schulden geschaut und argumentiert, ohne die Auswirkungen auf die Vermögenssituation zu kennen. Dies gilt für den Substanzverzehr bei Gebäuden und Straßen. Das gilt auch für den Verkauf von Tafelsilber. Die wirtschaftliche Betrachtung in der Aufwands- und Ertragsdarstellung fehlte gänzlich.</p> <p>Die vorgelegten Eckwerte legen jedoch die Situation der Stadt auch so offen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zwar verfügen wir noch über erhebliches Aktivvermögen – über 2,9 Mrd. € -und auch noch über eigentlich ausreichendes Eigenkapital – rund 1,2 Mrd. €. ▪ Für 2009 wird jedoch ein Verlust von nunmehr über 117 Mio. € ausgewiesen. ▪ Die Verluste für die kommenden Jahre liegen bei guten wirtschaftlichen Ausgangsdaten bei über 100 Mio. €. ▪ Die gebildete „Ausgleichsrücklage“ von knapp 133 Mio. € ist bereits im Frühjahr 2010 verfrühstückt. ▪ Spätestens 2020 ist die Stadt überschuldet. 		<p>„Nichts ist so stetig wie der Wandel“ - kaum ein anderes Zitat, sehr geehrte Damen und Herren, umschreibt die Bedingungen der heutigen Wirtschaftswelt treffender. Die Globalisierung schreitet schnell voran, doch der Strukturwandel, unter dessen Folgen MG nach wie vor leidet, macht es der Stadt schwer, mitzugehen. Das Haushaltsdefizit beträgt über 1 Milliarde Euro; wir sind kaum noch handlungsfähig. Die städtischen Ausgaben sind hoch, die Einnahmen stagnieren oder sinken.</p> <p>Für das kommende Jahr hat selbst die Kanzlerin alles andere als positive Entwicklungen in Aussicht gestellt. Wer jetzt noch - wie Teile von CDU/FDP - glaubt, die Mönchengladbacher Strukturkrise, die mit dieser Finanzkrise einhergeht, werde sich wiederum über die Kräfte des Marktes lösen lassen, hat einfach nichts verstanden.</p>	







(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Lieblingsprojekte, Kommunale Geschenke		<p>Damit haben wir aber einen neuen Konsensus in diesem Hause erreicht. Denn eines ist klar: Jeder, der sich hier vorne hinstellt und sagt, dieses oder jenes Lieblingsprojekt ist nicht im Haushalt enthalten, also kann ich dem Haushalt nicht zustimmen, der macht sich im höchsten Grade unglaubwürdig.</p> <p>Das Realisieren von Lieblingsprojekten wird im NKF deutlich als das dargestellt, was es ist: Eine Schädigung des Bürgers, denn es macht die Bürger dieser Stadt ärmer, es erhöht das Defizit. All jene, die vordergründig die „ach so hohe Schuldenlage“ im Munde führen, aber bei jeder einzelnen Sachfrage die Frage stellen „Dürfen es auch noch 100g mehr sein?“, werden dank der neuen Haushaltssystematik gnadenlos entlarvt.</p>	<p>In diesem Jahr die Tothalle in Holt, im kommenden Jahr der Konstantinplatz in Giesenkirchen oder der Neubau des Rathauses Rheydt. Hunderttausende werden ausgegeben für Projekte, die zwar für sich sicher schön sind, die die Stadt und die Menschen angesichts der desolaten Haushaltslage aber nicht brauchen. Schon gar nicht, wenn anschließend in Holt die Gebühren erheblich erhöht werden oder in Giesenkirchen auf Landesgelder verzichtet wird.</p> <p>Es gibt definitiv keine Geschenke mehr zu verteilen. Deshalb hat die SPD bei den Haushaltsberatungen keine neuen Anträge gestellt. Bis auf einen, der uns wichtig ist, zukünftig Geld sparen und den Menschen, insbesondere den Familien helfen würde. Wir wollen 500.000 € für präventive Arbeit in der Kinder, Jugend- und Familienhilfe. Gelder, die unbestritten gut angelegt sind und nach Meinung aller Experten zukünftig viele Kosten einsparen werden. Selbstverständlich ist unser Antrag abgelehnt worden, ein Zeichen, dass Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, weiterhin lieber Geld in neue Häuser und neue Plätze stecken und nicht in die Zukunft der Menschen in unserer Stadt investieren.</p>		<p>Ein schlüssiges Strategiekonzept zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung ist nicht zu erkennen. Sowohl die Einspar- als auch die Investitionsvorschläge der CDU/FDP orientieren sich am Klienteldenken der Mehrheitsfraktionen und nicht am verantwortungsvollen Umgang mit dem Vermögen der nachfolgenden Generationen.</p>	
NKF-System mit Mängeln		<p>Dank NKF ist die volle Tragweite des Handelns nunmehr deutlich zu erkennen. Die konkrete Kenntnis des Eigenkapitals sorgt nämlich dafür, dass wir die Endlichkeit, die das System hergibt, erkennen können. Insofern funktioniert NKF bereits. Auf der anderen Seite müssen wir jedoch deutlich erkennen, dass das NKF-System umstellungsbedingt riesige Mängel hat. In diesem Stadium gibt es weder die Eröffnungsbilanz noch die konsolidierte Bilanz.</p> <p>Das heißt, die Schattenhaushalte der städtischen Beteiligungen, der städtischen Töchter, sind nicht in dem Zahlenwerk der Stadt enthalten. Diese sind natürlich zur Beurteilung der Gesamtlage unabdingbar. Auch kann es zum jetzigen Zeitpunkt weder ein probates Kennzahlen-Set noch einen Kennzahlenvergleich geben.</p>				

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
--------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Benchmarking, Haushaltssteuerung		<p>Benchmarking ist aber das wesentliche Steuerungsmittel der Zukunft, und dazu brauche ich selbstverständlich einen Kennzahlenvergleich und Kennzahlvorgaben. Somit fehlt dem Rat in dieser Übergangsphase das wichtigste Steuerungsinstrument, das NKF zu bieten hat. Sich hier ans Rednerpult zu stellen und zu kritisieren, Steuerung müsse anders laufen in dieser Stadt, scheidet also auch als Ablehnungsgrund aus. Steuerung kann momentan aufgrund der strukturellen Vorgaben nur stückweise erfolgen. Einen Ablehnungsgrund stellt dies nicht dar.</p> <p>Zum Thema „Steuerung des Haushalts“ gehört natürlich auch die Betrachtung, welche Positionen im Haushalt überhaupt steuerungsfähig sind. Analysieren wir den Haushalt einmal genauer, stellen wir fest:</p>	<p>Ich weiß aus Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen anderer Städte, dass man diese negative Entwicklung mit gezielten Steuerungsmaßnahmen besser bewältigt hat. Die GPA sagt, dass allein in diesem Bereich über 16 Mio. € jährlich eingespart werden können. Ich denke, Grund genug, an die Arbeit zu gehen.</p>			
---------------------------------------------	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--







Ausgabenproblem	<p>Sie sehen, wir haben im städtischen Haushalt ein Ausgaben-Problem. Ließe sich der Gesamt-Kostenblock um die Hälfte reduzieren, gäbe es das originäre Defizit nicht mehr. Leider sind uns dabei jedoch die Hände gebunden, denn der größte Teil der genannten Ausgaben ist von uns nicht zu beeinflussen.</p>	<p>Weit über 80% der Ausgaben sind im Sozial- oder Jugendbereich gebunden, durch Verträge und Gehälter fixiert. Somit sind sie jeglicher freien Beplanbarkeit entzogen. Eine Beplanung dieser Ausgaben ist zwar nett, aber ohne jede Handlungsalternative. Das Einsetzen anderer Planzahlen hätte im Effekt spätestens bei der Jahresabrechnung keinerlei Auswirkung. Hierbei ist vor allem festzustellen, dass der tägliche Griff von Bund und Land in die Tasche der Kommune solide städtische Finanzpolitik endgültig ad absurdum führt. Lassen Sie mich die 3 Top-Grausamkeiten der letzten Monate benennen.</p>		<p>Bund und Länder denken unabhängig von den politischen Konstellationen, ob schwarz oder rot alleine, ob schwarz/rot, schwarz/gelb oder schwarz/grün, rot/grün oder rot/gelb, denken unabhängig von den politischen Konstellation nicht daran, eine Gemeindefinanzreform auf den Weg zu bringen. Oft versprochen und immer wieder gebrochen.</p> <p>Die Ausgabenstruktur des Haushaltes bedingt immer höhere Folgekosten. Die Folgekosten können nur mit immer höheren Kassenkrediten und den damit verbundenen höheren Kreditzinsen bewältigt werden. Die Ausgabenstruktur unseres Haushaltes beinhaltet eine SchuldenspiraleLEFFLA.</p> <p>Sie, Herr Kuckels, verweisen in ihrer Einbringung auf das Beispiel Oberhausen. Die Bezirksregierung verfügt, dass Oberhausen ein Konzept vorlegen soll, dass 2011 einen originären Haushaltsausgleich darstellt. Schon das halten Sie für kaum machbar.</p> <p>Was dann noch an städtischen Angeboten übrig bleibt, ist nicht mehr vergleichbar mit dem, was wir im kommunalen Raum gemeinhin als selbstverständlich und unverzichtbar ansehen, so Ihr Tenor.</p>		
------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Konnexitätsprinzip	<p>Nach wir vor bürden Land und Bund der Stadt Lasten auf, die sie nicht mehr schultern kann; viele Maßnahmen sind für sich betrachtet gut und richtig, auch von der CDU politisch gewollt.</p> <p>Sie kosten allerdings Geld, das in der Kasse der Stadt nicht vorhanden ist. Als Beispiele will ich nur den gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz, demnächst auch für unter Dreijährige, oder die Ganztagsangebote der Schulen nennen. Die Liste ließe sich fortsetzen, doch es hilft nicht, nur zu klagen. Das Problem lässt sich nur lösen, wenn das Konnexitätsprinzip strikt eingehalten wird und der Satz „Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch“ nicht nur ein locker dahergesagter Spruch ist, sondern ernst genommen wird.</p>	<p>Ich sage, wer Gesetze macht, soll auch für die daraus resultierenden Folgekosten aufkommen. Dies gilt sowohl in Richtung meiner eigenen Parteifreunde wie in Richtung jeder anderen Partei, die in Land und Bund Verantwortung trägt. Hier müssten wir als kommunale Familie geschlossen auftreten, um dieses Verschieben ans Ende der Kette in Richtung des schwächsten Gliedes zu verhindern.</p>	<p>Richtig und unbestritten ist, meine Damen und Herren, dass viele Städte – vor allem in Nordrhein-Westfalen – seit Jahren hohe Defizite und nunmehr hohe Verluste erwirtschaften, die strukturelle Ursachen haben. Das gilt auch für Mönchengladbach. Richtig ist deshalb, weiterhin an Bund und Land zu appellieren, diesen Städten – auch Mönchengladbach – zu helfen und sie nicht alleine zu lassen. Deshalb sind alle Mönchengladbacher Abgeordneten in Bund und Land aufgerufen, sich für unsere Stadt und entsprechende Hilfe in Berlin und Düsseldorf einzusetzen.</p> <p>...</p> <p>Die SPD-Landtagsfraktion hat angesichts der immensen strukturellen Probleme vieler Städte in NRW ein Stärkungspaket „Stadtfinanzen“ gefordert. Hierdurch sollen die betroffenen Städte nachhaltig von hohen Zins- und Tilgungslasten befreit werden. In Mönchengladbach sprechen wir immerhin von über 50 Mio. € Zinsen und über 22 Mio. € Tilgung. Auch dieses Paket hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Land abgelehnt.</p> <p>Meine Damen und Herren, wenn wir hier alle im Rat beklagen, dass uns Bund und Land ein gutes Stück im Stich lassen und wir alleine die Misere nicht stemmen können, dann erwarten wir seitens der SPD-Fraktion aber doch zumindest, dass sich alle – ich wiederhole: Alle! - Ratsmitglieder dafür einsetzen, dass nicht zusätzlich in Düsseldorf weiter zu Lasten unserer Stadt der Landeshaushalt konsolidiert wird! Wir erwarten, dass sich unsere Abgeordneten und Mandatsträger für die Interessen unserer Stadt einsetzen.</p> <p>Der Oberbürgermeister macht dies auch in seiner Funktion als Vorsitzender des Städtetages in NRW in vorbildlicher Weise.</p> <p>Genau das aber haben Sie, Herr Post, und Sie, Herr Schroeren, nicht getan!</p> <p>Wir lassen es Ihnen nicht durchgehen, dass Sie hier im Rat erklären, die Interessen der Stadt zu vertreten und dann, sobald Sie die Stadtgrenzen verlassen haben, in Düsseldorf genau das Gegenteil tun. Sie haben in Düsseldorf alle Maßnahmen gegen die Not leidenden Städte, alle Maßnahmen gegen unsere Stadt mitgetragen!</p>	<p>Ein weiterer Punkt ist die Einforderung der Verwirklichung des Konnexitätsprinzips.</p> <p>Nachfolgend exemplarisch drei Punkte für die gängige Praxis bei Bund und Land, bei der die Stadt zusätzliche Leistungen zu erbringen hat, die sie nicht zu verantworten hat.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Unzureichende Mittelbereitstellung für die Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes. ▪ Kürzung des Bundesanteiles bei den Kosten der Unterkunft im SGB II Bereich. Jährlich 2,5 Millionen zusätzliche Kosten für die Stadt. ▪ Unzureichende Personalausstattung bei der Verlagerung des Versorgungsamtes (zuständig für Elterngeld und Schwerbehindertenangelegenheiten) in den Aufgabenbereich der Stadt. Die anderen bestellen die Musik, die Stadt darf bezahlen. <p>Neben den beiden Punkten, die nur gesamtstaatlich zu lösen sind – Gemeindefinanzreform und Durchsetzung des Konnexitätsprinzips – benötigen wir einen Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik der Stadt Mönchengladbach in Richtung Durchsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips.</p>		

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
			<p>Wer in dieser Stadt Oberbürgermeister werden will, wer Bürgermeister ist, hat überall die Interessen unserer Stadt zu vertreten, meine Damen und Herren! Sie haben diesbezüglich jede Glaubwürdigkeit verloren, Herr Post! Einsatz für unsere Stadt sieht anders aus!</p> <p>Aber ich sage auch in aller Klarheit: Hilfen von Bund und Land reichen nicht aus, um die Finanzmisere der Stadt zu beenden! Ich wiederhole meine Aussagen der letzten Jahre: Diese Krise ist zum großen Teil auch hausgemacht!</p>			

Umgang von Bund und Land mit den Kommunen	<p>Wie Bundes- und Landesebene mit den Kommunen umgehen, zeigt ein weiteres Beispiel besonders gut: Der Bund hat seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger auf jetzt 25 Prozent abgesenkt – für Mönchengladbach eine Mehrbelastung von knapp 3 Millionen Euro für den Haushalt. Und es ist ja nicht die erste Absenkung. In der Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2008, die ich an dieser Stelle vor ziemlich genau acht Monaten vortrug, habe ich auf die erste Absenkung von 31,2 auf 28,6 Prozent hingewiesen, die uns auch schon mit mehr als 3 Millionen Euro zusätzlich belastet hat.</p>		<p>Genauso richtig ist aber auch, meine Damen und Herren, dass noch keine Landesregierung so auf Kosten der Kommunen gelebt und gewirtschaftet hat, wie die schwarz-gelbe Regierung Rüttgers. Diese Griffe in das Portemonnaie machen in der Summe einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr aus. Nur einige wenige Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mit dem GFG 2007 wurde der Anteil der Kommunen an der Grunderwerbsteuer gekürzt. ▪ Mit dem GFG 2009 soll die Verbundquote auf deutlich unter 23 % gekürzt werden. ▪ Die Mittel für frühkindliche Bildung und Betreuung wurden kontinuierlich gekürzt, die Mittel für den Elternbeitragsdefizitausgleich erheblich gekürzt. ▪ Die Zuschüsse des Bundes für die Betreuung der unter Dreijährigen wird nicht in Gänze an die Kommunen weitergeleitet, ▪ die Erstattungen für die Schülerbeförderung reduziert, ▪ der Kommunalanteil an den Krankenhausinvestitionen von 20% auf 40 % erhöht. 	<p>Die Spardoktrin des Innenministeriums, die Ihr Kollege in Oberhausen für rechtswidrig hält, gefährdet die Selbstverwaltung der Kommunen. Wir setzen auf die Selbstverwaltungsgarantien der Gemeinden. Dabei ist die Finanzhoheit der Kommunen ein Wesensbestandteil. Verankert in Artikel 28 Grundgesetz und Artikel 78 und 79 Landesverfassung.</p> <p>Wenn die finanziellen Ausstattungen von Kommunen, verbunden mit restriktiven Auflagen der Bezirksregierung nicht mehr ermöglichen, dass die Kommune ihre rechtlich festgelegten Aufgaben erfüllen können, dann empfehlen wir die Prüfung einer Verfassungsklage, um das Recht auf Selbstverwaltung durchzusetzen.</p> <p>Neben der rechtlichen Bewertung, was diese Verfügung letztlich ist, halten wir auch eine nachhaltige Reform der Gemeindefinanzierung für notwendig, die u. a. die folgenden Eckpunkte enthält:</p>		
--------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Unterkunftskosten für Leistungsempfänger	<p>Die Kosten der Unterkunft belasten den städtischen Haushalt inzwischen mit deutlich mehr als 80 Millionen Euro. Vor dem Hintergrund stetig steigender Energiepreise muss allerdings die Frage erlaubt sein, warum an dieser Stelle nicht sehr viel konkreter versucht wird, Kosten zu sparen. Leistungsempfänger sollten in die Pflicht genommen werden, möglichst sparsam mit Energie umzugehen. Das funktioniert nicht durch Strafandrohung für unangemessen hohen Verbrauch, sondern am besten durch ein Anreizsystem, das den Sparsamen belohnt. An unseren Schulen ist bereits der Beweis angetreten, dass ein solches System funktioniert. Zu fragen ist, warum nicht wenigstens einmal in einem Pilotprojekt ausprobiert werden kann, ob sich die Kosten der Unterkunft auf diese Weise senken lassen. Wir dürfen an dieser Stelle nicht über Zuständigkeiten diskutieren, sondern sollten lieber handeln!</p>	<p>1 Die Kosten zur Unterkunft. Hier hat die jüngste Absenkung des Bundes an den Zuschüssen dazu geführt, dass im Finanzplanungszeitraum ein Betrag von über 10 Millionen zusätzlich auf die Stadt zukommt.</p>				

Kosten Deutsche Einheit	<p>Ein weiterer Appell wird Ihnen bekannt vorkommen – weil ich ihn leider zum wiederholten Mal vortragen muss:</p> <p>Wir müssen offen über das Thema „Beitrag zu den Kosten der Deutschen Einheit“ reden. Beginnend im Jahr 1991 hat Mönchengladbach inzwischen einen Beitrag in Höhe von mehr als 210 Millionen Euro geleistet. Weitere 11,4 Millionen Euro, die über Kredite finanziert werden müssen, sind im vorliegenden Haushalt vorgesehen. Vergleichen Sie diese Zahlen mit den Beträgen, die noch für Investitionen in unserer eigenen Stadt zur Verfügung stehen!</p> <p>Damit ich nicht missverstanden werde, will ich gern wiederholen, dass ich hier keine Neid-Debatte anzetteln möchte, sondern lediglich auf Realitäten hinweise. Wir wollen in den neuen Bundesländern niemandem etwas wegnehmen, aber ein weiteres Geben ist aufgrund unserer hohen Schuldenlast unmöglich.</p>					
--------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	--	--





Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
„Verhinderung- und Verweigerungstaktik“				<p>Wohin die Schere im Kopf bei den freiwilligen Leistungen führt, zeigen anschaulich zwei Beispiele. Seit 12 Jahren verweigern Kämmerei und Sozialdezernat die Umsetzung eines einstimmig in der Bezirksvertretung Odenkirchen gefassten Beschlusses, eine Bedarfsanalyse für einen Abenteuerspielplatz in Odenkirchen zu erstellen. Die Begründung: Selbst wenn der Bedarf besteht, kann ein neuer Abenteuerspielplatz aufgrund des HSK nicht eingerichtet werden.</p> <p>Ein weiteres Beispiel ist die Verweigerung, 100 EUR monatlich für Nebenkosten für eine Wohnung in der Straße Zur Burgmühle zu bezahlen, in der eine Kontakt- und Beratungsstelle in einem Bereich mit vielen sozialen Problemen eingerichtet werden könnte. Stattdessen wird darauf verwiesen, dass die Menschen in das Jugendheim „Die Villa“ zu dem dort tätigen Sozialarbeiter kommen könnten.</p> <p>Das Problem ist nur, dass die Menschen, die Probleme haben, nicht in die Villa gehen. Und dass der Sozialarbeiter dort auch nicht anzutreffen ist. Nachdem vermeintlich Ruhe nach dem Taxiüberfall vor zwei Jahren eingekehrt ist, hat sich nun eine neue Struktur von Jugendgang gebildet. Eine Clique von 10 – 12 Kindern und Jugendlichen, zum Teil nicht strafmündig. Wir schauen nun wieder zu, bis was passiert um dann umso lauter zu schreien, statt im Vorfeld aktiv zu werden und mit geringen Mitteln zu versuchen, diese Kinder und Jugendlichen noch zu erreichen und aufzufangen.</p> <p>Des Weiteren stellen wir auch eine Halberzigkeit bei CDU und FDP fest, um nicht zu sagen, eine Verhinderungstaktik. 500.000 EUR hatte die SPD gefordert für 2009. Die Regierungsmehrheit hat locker abgelehnt. Es sei ja noch kein Konzept da. Fakt ist jedoch, dass der zuständige Dezernent für Mitte 2009 ein Präventionskonzept zugesichert hat. Und dann wäre es doch sinnvoll, die Gelder für die Umsetzung zu haben. Ist aber nicht der Wille von CDU und FDP. Die warten lieber bis 2010. Wer sich so kastriert, darf sich nicht wundern, wenn er nicht mehr potent ist!</p>		

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Altersarmut				<p>Die Einsicht von CDU und FDP, mit Prophylaxe Folgekosten zu vermeiden, beschränkt sich bisher nur auf den Bereich der Hilfe zu Erziehung. Weil es hier finanziell schon heute sehr weh tut. Wir weisen, wie auch schon in den letzten Debatten, auf weitere Bereiche hin. Heimkosten im Bereich des Amtes für Altenhilfe. Hier werden in den nächsten Jahren die Kosten enorm ansteigen. Und dies aus zwei Gründen: Erstens werden die Menschen immer älter. Es erhöht sich die Pflegebedürftigkeit und die Platznachfrage für einen Altenheimplatz.</p> <p>Diese Tendenz fällt mit einer zweiten Entwicklung zusammen: Die steigende Altersarmut, die dazu führt, dass immer mehr Menschen auf Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz angewiesen sind. Steigerung in NRW in 2007:</p> <p>10 %. Vielleicht kann Herr Dr. Schmitz ja mal die Steigerungsrate für Mönchengladbach mitteilen. In Mönchengladbach kommt zusätzlich zu dem wachsenden Niedriglohnsektor die industrielle Struktur unserer Stadt hinzu. Textilarbeit in der Vergangenheit, überwiegend Frauen, geringe Löhne, geringe Renten.</p> <p>Die Altersarmut ist im Wesentlichen weiblich in unserer Stadt. Die Kosten für einen Altenheimplatz für diese Menschen bleiben bei der Stadt hängen. Und es werden bezogen auf die Einwohnerzahl überdurchschnittliche Kosten sein. Was jetzt prophylaktisch, kostensenkend wirken könnte, sind Beratung und Aufklärung über Möglichkeiten des Verbleibes in der Wohnung bei Pflegebedürftigkeit sowie Beratung und Aufklärung mit aufsuchender Tätigkeit und nicht als Angebot im Amt.</p> <p>Die Kosten für einen Berater/eine Beraterin entsprechen den monatlichen Kosten für einen Heimplatz. Gelingt es, mit dieser Maßnahme den Verbleib in der Wohnung um ein Jahr zu verlängern, sind die Personalkosten schon gedeckt.</p> <p>Notwendig sind jetzt Wohnformen, Wohngemeinschaften, die barrierefrei sind und betreutes Wohnen im Alter für den Personenkreis mit Leistungsanspruch nach dem SGB XII bzw. dem GSIG ermöglichen.</p>		






Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Hilfen zur Erziehung	<p>Mein letzter Blick, den ich auf die Ausgabe-seite richte, trifft auf den Kostenblock „Hilfen zur Erziehung“. Leider hält die negative Entwicklung in diesem Bereich an. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass die Verwaltung unmittelbar nach Beschluss des vorliegenden Haushalts Verbindung mit der Hochschule Niederrhein aufnehmen und das angestrebte fünfjährige Forschungsprojekt auf den Weg bringen wird. Wir brauchen dringend wissenschaftlich gestützte Aussagen zu den Ursachen der Entwicklung in den vergangenen Jahren und zu Lösungsansätzen. Dann sind wir als CDU-Fraktion auch gern bereit, nennenswerte Summen für präventive Maßnahmen einzusetzen. In der Sache, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um Kosten der Hilfen zur Erziehung zu verringern, sind wir uns mit unserem Partner FDP und mit der SPD-Fraktion völlig einig. Aber einen nicht mit konkreten Maßnahmen hinterlegten Haushaltsansatz, wie ihn die SPD-Fraktion jetzt will, halten wir für falsch.</p>	<p>2 Die U3 Betreuung. Zugegebenermaßen eine sehr sinnvolle Maßnahme. Jedoch in ihrer ganzen Konsequenz fast ausschließlich von den Kommunen zu tragen, Denn neben Investivkosten sind es vor allen Dingen die laufenden Betriebskosten, die hier zu 100% von den Kommunen getragen werden müssen. Im Finanzplanungszeitraum macht die Bundesgesetzgebung zur U3-Betreuung einen höheren einstelligen Millionenbetrag aus.</p> <p>3 Das Gesetz zu KIBIZ. Diese sicherlich auch sozial sinnvolle Maßnahme ist ebenfalls voll zu Lasten der Kommunen finanziert und beschert der Stadt Mönchengladbach über 40 neue Stellen im Bereich von Kindergärtnerinnen.</p>	<p>Die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung sind in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Dabei werden von Jahr zu Jahr Steigerungen in Millionenhöhe offenbar achselzuckend als unvermeidbar hingenommen. Ich wundere mich, wenn wir einerseits um Tausenderbeträge in Fachausschüssen und Rat stundenlang diskutieren und andererseits Millionenbeträge so hinnehmen. Ein Blick über die Grenzen der Stadt zeigt, dass diese Entwicklung in anderen Städten nicht in diesem Ausmaße stattgefunden hat. Dies gilt in der Region für Städte wie Krefeld oder Neuss, wie dies die IHK dargestellt hat. Das gilt aber auch bundesweit. Die Gemeindeprüfanstalt hat ebenfalls im Benchmark festgestellt, dass wir im Vergleich nicht gut da stehen.</p>	<p>Und, dass diese freiwilligen Leistungen auch gegenüber dem Regierungspräsidenten durchgesetzt werden müssen. Am Beispiel der Hilfen zur Erziehung wird das besonders deutlich.</p> <p>Mehr als 40 Millionen EUR muss die Stadt in diesem Jahr als Pflichtaufgabe bezahlen, weil u. a. in den Jahren seit dem Ausscheiden des Sozialdezernenten Buhlmann freiwillige Ausgaben systematisch gestrichen wurden, die geeignet gewesen wären, Folgekosten im Bereich der Hilfe zur Erziehung zu vermeiden.</p>	<p>Um langfristig Mittel z.B. bei der Erziehungshilfe einzusparen, will CDU-Oberbürgermeister-Kandidat der CDU, Norbert Post, Präventivmaßnahmen fördern und somit die Zahl der Heimeinweisungen senken. Geprüft werden soll, zehn Prozent der Ausgaben für Erziehungshilfe in die Prävention zu stecken. Es handelt sich hierbei also um 10% von 45 Mio. Euro. In Dormagen am Niederrhein wird jedes neugeborene Kind von einem städtischen Begrüßungskomitee besucht. Überforderten Eltern fällt es viel leichter, um Hilfe zu bitten oder Hilfe anzunehmen. Dieses Modell hat sich bewährt. Es gibt kaum noch Heimeinweisungen. Seit Jahren stellen die Grünen zum Thema Präventionsmaßnahmen Anträge im Jugendhilfeausschuss, damit die Kosten für die Unterbringung nicht ins Unermessliche steigen. Die Anträge der Bündnisgrünen wurden jedoch alle von der CDU abgelehnt. Umso mehr freut es uns, dass die CDU das Thema – wenn auch fast schon zu spät – nun doch anpacken möchte. Bisher ist dies jedoch nur eine Idee, die sich noch nicht im Haushalt niederschlägt. Wenn nicht schnellstens gehandelt wird, bürdet die Stadt kommenden Generationen nicht nur soziale Probleme auf, sondern auch gewaltige finanzielle Lasten.</p>	


(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Kommunalaufsicht	<p>gestatten Sie an dieser Stelle aus aktuellem Anlass ein Wort zur Kommunalaufsicht. Die CDU-Fraktion respektiert sicherlich deren Aufgabe, die Haushaltspolitik der Kommunen kritisch zu begleiten. Wir haben jedoch den Eindruck, dass der Blick auf die Realität ein wenig verstellt ist. Wir treffen doch unsere Entscheidungen nicht, um die Bezirksregierung zu ärgern, sondern um handlungsfähig zu bleiben. Lassen Sie mich dazu zwei Beispiele nennen:</p>			<p>Lassen Sie uns doch mal konkret aussprechen, was das bedeuten könnte für Mönchengladbach. Kein Theater mehr, Schließung von Sportplätzen, Bädern, Bibliotheken, Vernichtung von Arbeitsplätzen bei der Stadtverwaltung und weiterer Verfall der städtischen Gebäude. Und würde sich eine Mehrheit für dieses Kaputtsparen in Mönchengladbach finden, so wäre damit nicht Schluss. Die Daumenschrauben des Innenministeriums gehen jedoch noch darüber hinaus. Nachzulesen im Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten.</p> <p>Zitat: „Die Fehlbeträge aus den Vorjahren müssen innerhalb von höchstens 5 Jahren seit Erreichen des Jahresbezogenen Haushaltsausgleichs abgedeckt werden.“ Zitat Ende.</p> <p>Nicht nur ein ausgeglichener Haushalt wird gefordert, nein, auch noch in den folgenden fünf Jahren Abdeckung der Altfehlbeträge. Macht ein Einsparvolumen von ca. 200 Millionen EUR pro Jahr.</p>		
Besetzungssperre Stelle des Technischen Beigeordneten	<p>Im weiteren Verlauf dieser Ratssitzung werden wir uns noch mit der Wiederbesetzung der Stelle des Technischen Beigeordneten befassen, die erforderlich wird, weil Helmut Hormes Ende April nächsten Jahres nach 16 Jahren, die er erfolgreich für unsere Stadt gearbeitet hat, in den verdienten Ruhestand gehen wird. Für eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre für diese Stelle, wie sie die Kommunalaufsicht will, fehlt der CDU-Fraktion jegliches Verständnis. Das behindert Stadtentwicklung. Wir haben die Zahl der Beigeordnetenstellen ohnehin schon auf fünf reduziert und auch das Personal insgesamt schon auf das unbedingte Muss zurückgefahren. Der Dienstleister Verwaltung hat gegenüber dem Bürger dieser Stadt die Verpflichtung, seine Leistungen umfänglich und korrekt zu erbringen. Diese Verpflichtung ist nicht zu erfüllen, wenn das dazu notwendige Personal nicht zur Verfügung steht.</p>					

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Einnahmenerhöhung	<p>Ebenso wenig Verständnis hat die CDU-Fraktion für die bereits mehrfach erhobene Forderung der Bezirksregierung, die Einnahmesituation zum Beispiel durch weitere Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuern zu verbessern. Solche Maßnahmen sind nur bis zu einer bestimmten Grenze sinnvoll und dann kontraproduktiv. Wenn Düsseldorf aktuell seinen Gewerbesteuererhebesatz auf 440 Punkte absenkt und Mönchengladbach 450 Punkte festgesetzt hat, und dann auch noch der Verkauf von städtischen Grundstücken unter Bodenrichtwert untersagt ist, dann muss mir jemand erklären, was ein Unternehmen noch dazu bewegen soll, sich für den Standort Mönchengladbach zu entscheiden. Die CDU-Fraktion legt deshalb großen Wert darauf, dass an den derzeit geltenden Steuersätzen nicht gerüttelt wird. Ansonsten drohen uns im Wettbewerb um Firmensiedlungen und Einwohner erhebliche Nachteile.</p>		<p>Diese hausgemachte Krise ist dabei nicht eine Krise der Einnahmeseite! Das Defizit 2009, die Verluste der Folgejahre werden ausgewiesen bei gleichzeitigen Rekorderlösen bei den Steuern! Deshalb bleibt die SPD-Fraktion auch bei ihrer klaren Aussage: Wir halten die geforderten Erhöhungen der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer für kontraproduktiv. Sie würden die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt im Vergleich zu umliegenden Kommunen verschlechtern.</p>	<p>Diese Sichtweise teilt die LiLO so nicht, weil wir der Meinung sind, dass Mensch das eine tun kann, ohne das andere zu lassen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erweiterung der Bemessungsbasis der Gewerbesteuer durch Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente wie Mieten, Pachten, Lizenzgebühren und Leasingraten. Ausweitung der Steuerpflicht für Freiberufler wie Ärzte, Anwälte, Architekten. Im Gegenzug könnten dann die Steuersätze für die Gewerbesteuer gesenkt werden. Davon könnten vor allen Dingen kleine und mittelständige Unternehmen sowie vor allen Dingen Handwerksbetriebe profitieren. Die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an Länder und Bund ist abzuschaffen ▪ Die derzeit in Ost- und Westdeutschland bei der Grundsteuer unterschiedlichen, längst veralteten Bewertungsgrundlagen, die Einheitswerte, sind durch eine realistische, gleichmäßige Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen abzulösen. Bei der Neuausrichtung sind ökologische und stadtentwicklungspolitische Belange zu berücksichtigen. ▪ Die Anteile von Bund, Land und Kommunen an den Gemeinschaftssteuern sind neu zu ordnen in Richtung Erhöhung des Anteiles der Kommunen und Orientierung an der Einwohnerzahl. Ziel muss es sein, dass finanzschwächere Kommunen stetig und deutlich mehr Geld bekommen. 		

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 BUNDNIS 90 DIE GRÜNEN Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Städtische Tochtergesellschaften, Privatisierung			<p>Die Ausgliederung von städtischen Bereichen sollte dazu dienen, effizienter und wirtschaftlicher zu arbeiten. Die EWMG war in der Begründung von CDU und FDP ein Musterbeispiel hierfür.</p> <p>Meine Damen und Herren, das herausragende Ergebnis für die Finanzen der Stadt ist: In den letzten Jahren wurden Millionenbeträge aus den Dividenden der NVV zu Lasten des Haushalts zurückgehalten, um in der EWMG mit komfortabler Finanzkraft arbeiten zu können. Das aktuelle Ergebnis: Die EWMG hat es bisher nicht geschafft, im originären Geschäftsbereich mit Gewinnen zu arbeiten. Im Gegenteil: Nach dem aktualisierten Wirtschaftsplan wird die Stadt im kommenden Jahr 1,6 Mio. € zuschießen müssen, um den erwarteten Verlust auszugleichen. Und die Entwicklung wird sich eher verschärfen, da in den nächsten Jahren nicht mehr mit Ausschüttungen der NVV zu rechnen sein wird!</p> <p>Selbst den Mitgliedern von CDU und FDP im Aufsichtsrat ist inzwischen aufgegangen, dass hier erhebliche Versäumnisse seitens der Mehrheit vorliegen. Es reicht eben nicht, im nicht öffentlichen Bereich möglichst ungestört Grundstücksgeschäfte machen zu können! Diese städtische Gesellschaft arbeitet alles andere als effizienter. Das liegt aber nicht an den einzelnen Mitarbeitern der EWMG, sondern an den Strukturen, für die die Mehrheit hier verantwortlich ist. Ihre jetzige Kritik an der Arbeit der EWMG, meine Damen und Herren von der CDU und insbesondere des Aufsichtsratsvorsitzenden der FDP, kommt reichlich spät, hoffentlich nicht zu spät. Sie haben hier mit zu verantworten, dass städtisches Geld „verbrannt“ worden ist. Und über den Effizienzbeitrag der EWMG brauchen wir uns auch nicht weiter zu unterhalten. Der Hinweis auf das aktuelle Beispiel „Ausweichstätte Stadttheater im Nordpark“ und die Rolle der EWMG sagt hierzu alles.</p> <p>Dieser Haushalt 2009 und folgende beinhalten auch nicht – ich will das nur der Vollständigkeit halber sagen –, dass mit Dividenden aus EWMG oder NVV nicht zu rechnen ist. Für die nächsten Jahre wohlgerne nicht zu rechnen ist.</p>	<p>Ich meine die Strategie des Outsourcings, der Privatisierung bzw. des Verkaufs von Tafelsilber der Kommunen. Bei diesen Maßnahmen gibt es immer zwei Effekte: Kurzfristig findet eine finanzielle Entlastung statt.</p> <p>Mittel- und langfristig sind diese Maßnahmen volkswirtschaftlich schädlich, weil eine Gewinnmaximierung auf der einen Seite höheren gesamtgesellschaftlichen Ausgaben gegenüber steht. Privatisierung führt immer zu Personalabbau, zur Ersetzung von Vollzeitstellen durch Teilzeitarbeit, zu prekären Arbeitsverhältnissen.</p> <p>Führt zu weniger Steuereinnahmen und zu weniger Einnahmen bei der Kranken- und Rentenversicherung. Führt dazu, dass wenige Gewinne machen und viele dafür bezahlen müssen. Deshalb lehnen wir aus gesamtgesellschaftlichen Interessen heraus solche Lösungsmöglichkeiten ab</p>	<p>Wichtiger ist es doch, die Einnahmeseite zu verbessern. Wir finden, auch die Beteiligungsgesellschaften müssen hier viel stärker ihre Beiträge leisten, um die Haushaltssituation zu verbessern.</p>	<p>Die FWG-Fraktion hat Ihnen in der Vergangenheit und sehr dezidiert im vergangenen Jahr belegt, an welchen Stellen Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, für die Defizitentwicklung in unserer Stadt Verantwortung tragen.</p> <p>Am Beispiel der EWMG-Gründung als Mittel zu dem Zweck, einen FDP-Mann in den Verwaltungsvorstand zu bringen (ich sage bewusst nicht „einzuschleusen“, weil das andere Wort genauso zum Ausdruck bringt, was ich meine), habe ich Ihnen bewiesen, dass die vom FDP-Fraktionsvorsitzenden mühsam zusammengesuchten angeblichen Vorteile für den Haushalt infolge von Unkenntnis nur in seiner Phantasie bestanden.</p> <p>Hohe Folgekosten hier wie im Falle der Marketinggesellschaft belasten Jahr für Jahr den Haushalt und tragen als Konsumausgaben zur Defiziterhöhung bei.</p> <p>Das heutige Defizit ist nicht einmal mehr mittelfristig abbaubar. Der zur Defizitverringern auf lange Sicht notwendige Sparwille fehlt.</p>

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
RWE-Aktien			<p>Apropos städtisches Geld „verbrennen“ – Nächstes Beispiel:</p> <p>Ihre Entscheidung, die RWE-Aktien im letzten Dezember aus den Betrieben gewerblicher Art zu entnehmen, um sie in diesem Jahr zu verkaufen, hat die Stadt 2008 allein an Steuern und Zinsen 11,3 Millionen gekostet! Für nichts! Im Haushalt 2009 ist immer noch berücksichtigt, dass aus dem Verkauf mindestens 125 Millionen € erzielt, entsprechend Kassenkredite getilgt und somit Zinsen gespart werden. Da der Verkauf nicht verwirklicht wurde, werden dann auch Dividenden erzielt werden, was den Zinsaufwand wieder wettmachen wird. Auch hier haben wir auf Korrekturen im Haushalt verzichtet. Wichtig ist aber auch, dass jetzt nachhaltig ca. 1 Million € jährlich an Steuern für die Dividenden gezahlt werden muss, da der Querverbundausgleich durch die Entnahme aus den BGA's fehlt. Jährlich eine Million für nichts! Ein dauerhaftes Zurück in die BGA's lehnt die Mehrheit ab.</p>	<p>Mit dem Erlös, den Sie erzielen, leiten Sie keinen effektiven Schuldenabbau ein, weil Sie nicht in der Lage sind, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. In dieser Situation dient der Erlös lediglich dazu, Schuldenlöcher zu stopfen. Und dazu ist uns das Eigentum unserer Kinder und Enkelkinder zu schade.</p> <p>...</p> <p>Aus unserer Sicht muss auch der Ratsbeschluss zur Veräußerung der RWE Aktien aufgehoben werden.</p>	<p>CDU/FDP haben bekanntlich ja auf Empfehlung der Firma Rödl & Partner auch versucht, die städtischen RWE-Aktien zu versilbern, obwohl der Verkauf für die Stadt gar keinen wirtschaftlichen Nutzen mit sich bringt.</p> <p>Die strukturellen Haushaltsprobleme der Stadt ändern sich durch den Aktienverkauf aber nicht.</p>	

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
-------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Investitionen			<p>Ein anderes Beispiel: Die SPD-Fraktion hat in den vergangenen Jahren bereits vorgeschlagen, z.B. mit Investorenmodellen oder PPP-Modellen günstiger zu arbeiten. Dies ist von der Mehrheit bisher jedes Mal abgelehnt worden. Neue Anträge haben wir deshalb nicht mehr gestellt.</p> <p>Ich will aber dennoch an einem konkreten Beispiel – nämlich der Dreifachturnhalle Volksgarten – noch mal deutlich machen, dass es erhebliches Einsparpotential gibt, wenn man bereit ist, andere Wege zu prüfen und andere Wege zu gehen.</p> <p>Diese Dreifachturnhalle wird nach dem aktuellen Haushaltsansatz knapp 2,9 Mio. € kosten – eigene Leistungen der Stadt nicht inbegriffen – und soll nächstes Jahr fertig sein. Die im Prinzip gleiche Halle – mit Tribüne – ist von einem Investor in Willich und Nettetal gebaut worden. Die Halle in Volksgarten könnte schon seit Jahren genutzt werden und das zu einem erheblich günstigeren Preis, einige Hunderttausend € weniger.</p> <p>Solche Modelle hätten wir in unserer Stadt z.B. im Bereich der Millionenaufwendungen für Sanierung und Ausbau der Schulen einsetzen können. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass hier erhebliches Einsparpotenzial liegt. Andere Städte – auch mit schwarzer Mehrheit – machen es vor.</p>			
---------------	--	--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--







Investitionen in Bildung	<p>Für unsere jüngsten Mitbürger werden zwei neue Kindergärten in Mönchengladbach-Mitte und Rheydt-Mitte gebaut. Dadurch kann auch das Angebot an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige erweitert werden. Für das Schulzentrum Neuwerk sind umfangreiche Neu- und Umbaumaßnahmen finanziert, so dass zukünftig sowohl der Katholischen Hauptschule als auch der Gesamtschule an diesem Standort genug Platz zur Verfügung stehen wird. Ausreichender Schulraum in einer guten Qualität ist für die CDU nach wie vor Voraussetzung dafür, dass Kinder und Jugendliche erfolgreich lernen und Lehrkräfte ihr Wissen vermitteln können.</p>					
--------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	--	--

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Ganztagsschulen, Gesamtschulen	<p>Die Entwicklung hin zur Ganztagschule in allen Schulformen mag man unterschiedlich bewerten. Fakt ist, dass der Bedarf aus unterschiedlichsten Gründen besteht. Dieser Tatsache verschließt sich die CDU-Fraktion nicht. Wir begrüßen, dass die Ganztagsangebote weiter ausgebaut werden und die erforderlichen Mittel dafür bereit stehen. Wichtig ist nur, dass <u>alle</u> Schulformen gleichermaßen von zusätzlichen Angeboten profitieren.</p>				<p>Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, ihre ideologischen Scheuklappen im Bereich der Schulpolitik beiseite legen, würden auch Sie weiter schauen und erkennen können, woran es mangelt: An Plätzen für Kinder an Gesamtschulen. Seit Jahren möchte eine steigende Zahl von Eltern ihre Kinder dort anmelden, weil diese Eltern wissen, was Sie nicht wissen wollen: Das dreigliedrige System benachteiligt vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten, wie umfassende Studien der EU erst jüngst wieder ergeben haben. Danach schneiden andere Länder besser ab, die keine (so frühe) Trennung in verschiedene Schulformen haben. In Mönchengladbach erhielten dieses Jahr bekanntlich Eltern von über 600 Kindern eine Abweisung. Sie, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktionen, respektieren mit ihrer Ablehnung einer 6. Gesamtschule nicht den Elternwillen und den Bildungswunsch von Kindern, sondern sitzen weiter ein gravierendes Strukturproblem in der Bildungslandschaft Mönchengladbachs aus. Wir meinen: Diese ideologisch gesteuerte Ignoranz der Mehrheitsfraktionen, die mangelnde Wertschätzung der Integrations- und Förderarbeit der Gesamtschullehrerinnen und -lehrer sowie die Missachtung des Elternwillens in Mönchengladbach müssen endlich ein Ende haben!</p> <p>Den Ausbau des Ganztagsangebotes an der Gemeinschaftshauptschule Frankfurter Straße halten die Mönchengladbacher Bündnisgrünen nach wie vor für sinnvoll, wenn der Fortbestand der Schule gesichert ist. Die Anmeldezahlen für alle zwölf Hauptschulen lagen zuletzt allerdings bei sage und schreibe 96 Schülerinnen und Schülern, so dass sich Bündnis 90/Die Grünen, aber auch die Fraktionen von SPD und FWG in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Rheydt-Mitte einig darüber waren, den Neubau von zwei Betreuungsräumen an der Hauptschule zu vertagen. Wir Grünen lehnen den Bau der Betreuungsräume nicht ab. Aber immerhin geht es hier um eine Investition von 470.000 Euro. Ist es da nicht berechtigt, von der Verwaltung zu erfahren, ob die Schule künftig überhaupt weiter besteht, bevor überhaupt eine sinnvolle Entscheidung getroffen werden kann?</p>	

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Innenstadtentwicklung Rheydt	<p>In Rheydt zeigt uns das vorliegende Innenstadtkonzept, das von CDU und FDP auf den Weg gebracht worden war, die Richtung auf. Erste Mittel für die Umsetzung von dort formulierten Verbesserungsvorschlägen wie zum Beispiel für das Wettbewerbsverfahren Marktplatz und für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsführung sind im Haushalt veranschlagt. Ich bin überzeugt, dass wir die positive Entwicklung in Rheydt, die sich in der Neugestaltung der Stresemannstraße, Neugestaltung des Busbahnhofs vor dem Rheydter Hauptbahnhof, Neubau eines Fahrradparkhauses am Rheydter Hauptbahnhof, Neubau von Parkhäusern, Bebauung des früheren Wienands-Geländes sowie Neubau eines Bürogebäudes für die ARGE Mönchengladbach und eines SB-Warenhauses auf dem früheren Letzerich-Gelände ausdrückt, fortsetzen können.</p>				<p>Ganz im Gegenteil, jetzt kommen Sie mit einem weiteren derartigen Projekt daher: Zum Thema Sportstättenanierungsbedarf legte die Verwaltung eine Prioritätenliste als Beratungsvorlage im Hauptausschuss vor. Darin stellt die Verwaltung fest, dass das Grenzlandstadion einen Ersatz für die in die Jahre gekommene neue Kunststofflaufbahn benötigt. Nach der Devise: „Was uns schon in Giesenkirchen so gut gelungen ist, kann in Rheydt nicht verkehrt sein“, bringen CDU und FDP schnell dazu einen Antrag, der eine Überplanung des Areals 'Grenzlandstadion und Umfeld' fordert, in die politische Diskussion ein. Vereine, Sportler, Eigentümer, Anwohner und Gewerbetreibende können so leicht begreifen, was die Mehrheitsfraktionen unter Sportoffensive verstehen. Sport, Natur und Stadtentwicklung gehen hier eine wirklich schöne politische Verbindung ein. Nur von unverbesserlichen Miesmachern ist zu hören: „Die sehen den Baum vor lauter Wald nicht mehr...“</p>	
Vernachlässigung Rheydt	<p>In diesem Zusammenhang stört uns das Verhalten des Bezirksvorstehers von Rheydt-Mitte. Wider besseren Wissens versuchte er noch vor einer Woche im Hauptausschuss den Eindruck zu erwecken, der Stadtteil Rheydt würde vernachlässigt. Herr Sasserath, hören Sie auf, Rheydt und die Rheydter ständig schlecht zu reden! Wir lassen uns von Ihnen nicht unterstellen, in dieser Stadt eine einseitig orientierte Politik zu machen.</p>					







(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 Rolf Besten	 Dr. Anno Jansen-Winkeln	 Lothar Beine	 Helmut Schaper	 Karl Sasserath	 Erich Oberem
Verwaltungsstandort Rheydt	<p>Dass dies nicht so ist, zeigt unser Ansatz, den Verwaltungsstandort Rheydt zu stärken. Wir sind überzeugt, dass der Ansatz zu kurz greift, in der vorhandenen Substanz des Rathauses Rheydt mit viel Geld den Bürgerservice auszubauen. Deshalb wollen wir aus dem dafür vorhandenen Haushaltsansatz Planungsmittel für einen Teilneubau des Rathauses einsetzen. Wir halten das für äußerst sinnvoll, weil dann in den folgenden Schritten eine Neuorganisation, zeitgemäße Arbeitsplätze für die Verwaltung und ein moderner Bürgerservice geschaffen werden können. Wir sind auch überzeugt, dass diese Maßnahme eine Initialzündung für privatwirtschaftliche Aktivitäten sein wird.</p>				<p>Bleiben wir in Rheydt, wo wir seit 25 Jahren über den Einbau eines Außenaufzugs am Rheydter Rathaus zur Herstellung eines barrierefreien Zugangs diskutieren. Im Haushalt 2007 strichen Sie, meine Damen und Herren von der CDU/FDP, die hierfür in den Haushalt eingestellten Mittel. Anstatt den Aufzug einzubauen, so beschlossen Sie erst gerade, sollen jetzt diese Mittel dafür verwendet werden, einen Rathausneubau in Rheydt zu planen. Wo ein Aufzug fehlt, sehen die Mehrheitsfraktionen die Notwendigkeit, gleich ganze Ratshaustrakte abzureißen und neu zu bauen.</p>	
Innenstadt Mönchengladbach	<p>In der Mönchengladbacher Innenstadt wird die CDU-Fraktion den eingeschlagenen Weg fortsetzen, an zentraler Stelle mit einem Handels- und Dienstleistungszentrum die Attraktivität zu erhöhen. Mittel für Infrastrukturmaßnahmen sind in der Finanzplanung vorgesehen. In wenigen Tagen wird feststehen, welche Investoren in der ersten Stufe des Wettbewerbsverfahrens Interesse bekundet haben. Im Frühjahr wird der Rat entscheiden, wer an der zweiten Stufe teilnehmen soll. Voraussichtlich wird es dann der neue Rat sein, der entscheiden wird, welche Planung umgesetzt werden soll.</p>			<p>Gegenüber der Bezirksregierung setzen Sie, ich zitiere „eine Projektfinanzierung für Infrastruktur im Zusammenhang mit dem geplanten Handels- und Dienstleistungszentrum“ in Höhe von 13 Millionen EUR durch. Für uns ist das eine Subvention des Trägers des Handels- und Dienstleistungsträgers.</p> <p>Warum setzten Sie nicht ein kommunales Bauprogramm über eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft in Höhe von 13 Millionen EUR für Wohnformen durch, die geeignet sind, Heimplätze in Altenheimen zu vermeiden.</p> <p>Dies würde die kommunale Bautätigkeit ankurbeln, würde Arbeitsplätze sichern und die Steuereinnahmen erhöhen.</p>	<p>Es ist eine fatale Einstellung, die erstaunlicherweise noch immer in großen Teilen der Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP zu finden ist. Ihr entspringt die Bereitschaft, sich auf teure Prestigeprojekte wie etwa das Handels- und Dienstleistungszentrum (HDZ) einzulassen. So etwas mag Großkonzerne weiterbringen, die Stadt aber nicht.</p> <p>Auch dieses Beispiel zeigt: Wo der gesunde Menschenverstand zum Handeln rät, sind Sie für das Aussitzen des Problems. Warum werden Sie so selten aktiv, wie Sie es beim geplanten Handels- und Dienstleistungszentrum (HDZ) geworden sind? Gerade hier, wo es kommunalpolitisch und wirtschaftspolitisch völlig unsinnig ist, mit über 14 Millionen aus dem klammen städtischen Haushalt ein Projekt zu fördern.</p> <p>Ein Feld, auf dem leider allzu häufig Stillstand zu erkennen ist, das ist der Bereich Stadtplanung. Eines der traurigsten Beispiele dafür ist das alte Schauspielhaus an der Hindenburgstraße. Seit über zehn Jahren, das muss man sich mal vorstellen, steht dieses Haus leer, seit über zehn Jahren tut sich hier nichts. Das, meine Damen und Herren von CDU und FDP, hat die Stadt Ihnen zu verdanken. Die Frage bleibt: Wer übernimmt dafür die Verantwortung?</p>	







Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Leere städtische Gebäude					<p>Anstatt städtische Gebäude wie das ehemalige Gesundheitsamt in Rheydt oder das Gebäude der ehemaligen Landeszentralbank an der Endepohlstraße als Gründerzentren zu erschwinglichen Preisen anzubieten, verfällt an diesen Orten städtisches Eigentum Jahr um Jahr weiter bis zu guter Leitz der Abrissbagger kommt. Das erschreckende hieran ist der doppelte Substanzverlust: Die Vernichtung von städtischem Eigentum und von Ressourcen, die wir für den dringend erforderlichen Strukturwandel benötigen.</p>	

Nachtragshaushalt Städtische Bühnen	<p>Zum Thema „Nachtragshaushalt der Vereinigten Städtischen Bühnen für die Spielzeit 2008/2009“ erlaube ich mir, meinen Krefelder Kollegen Wilfrid Fabel zu zitieren, der am Dienstag vergangener Woche in unserer Nachbarstadt dazu Stellung genommen hat. Zitat: „Die CDU-Fraktion war und ist nicht kulturfeindlich. Wir erlauben uns nur kritisch nachzufragen, ob jeder für die Kultur bereitgestellte Euro auch sinnvoll und zweckgebunden verwandt wird oder nicht bei der Ausgabe dieser Gelder manchmal ein Handeln an den Tag gelegt wird, welches mit einer vernünftigen Bewirtschaftung nicht in Einklang zu bringen ist.“ Zitat Ende.</p>			<p>Die LiLO spricht sich dafür aus, die 485.000 EUR im Haushaltjahr 2008 überplanmäßig bereit zu stellen.</p> <p>Die Gewährung des Mehrbetrages als Darlehen an das Theater lehnen wir ab. Wir halten es für einen Witz, dass sich die Stadt Mönchengladbach selbst einen Kredit gibt.</p> <p>Wir halten auch den Vorwurf, speziell von CDU und FDP an die Theaterleitung, nicht rechtzeitig genug Sparmaßnahmen eingeleitet zu haben, für nicht gerechtfertigt, weil hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Der Mehrbedarf ist notwendig aufgrund der Tarifierhöhung. Der Kämmerer hat den gleichen Prozentsatz für die Tarifierhöhung in den Haushalt eingestellt. Er löst das Problem mit der Ausweitung des Kreditvolumens, also mit neuen Schulden. Vom Theater werden jedoch neue, zusätzliche Sparanstrengungen erwartet.</p> <p>Von Mitarbeitern des Theaters habe ich Berichte, wie sich die Belegschaft im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen im Zusammenhang mit der Brandschutzsaniierung und der Ausweichspielfläche weit über das Maß ihrer bezahlten Zeit engagiert.</p> <p>Jetzt das Theater so im Regen stehen zu lassen, halten wir nicht für gerechtfertigt.</p>	<p>Ist es zu rechtfertigen millionenschwere Investitionen in den Brandschutz für das Gebäude des Stadttheaters an der Odenkirchener Straße zu tätigen, ohne auf die Frage, wie machen wir das Haus für die kulturellen Herausforderungen der nächsten 30 Jahre zukunftsfest, belastbare Antworten gefunden zu haben. Wer sich dieser kulturpolitischen Auseinandersetzung verschließt, der ist auch heute nicht bereit, seinen tarifvertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten der städtischen Bühnen Mönchengladbach/Krefeld nachzukommen.</p>	<p>Fall Nr. 2:</p> <p>Finanzierung des Gemeinschaftstheaters!</p> <p>Die Finanzierung des Gemeinschaftstheaters gehört zu den Vertragspflichten der Stadt.</p> <p>Hier war die CDU bereit die Entscheidung über das Entsprechende mitzutragen. Sie knickte ein unter der Erpressung durch Ihren Koalitionspartner FDP.</p> <p>Ausweg: eine rechtlich zweifelhafte Maßnahme, die Substanzverluste mit sich bringt. Die Gegenleistungen der Stadt für diesen Weg wurden erst auf Vorhalt der FWG-Fraktion vom Fachdezernenten Kuckels dargestellt.</p> <p>Dabei wäre das Problem so einfach zu lösen gewesen. CDU und FDP hatten in der Hauptausschusssitzung Einsparungsmöglichkeiten im Haushaltsentwurf nachgewiesen, die höher waren als der Fehlbetrag im Theaterhaushalt (rd. 520.000 €). Statt fürs Theater soll der aber für eine völlig unnötige Investition in den Neubau eines Rathauses in Rheydt-Mitte verwendet werden.</p> <p>Dauerhaft zusätzliche Belastung des Haushaltes 2009 und aller zukünftigen Haushalte ist die Folge</p>
--------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------







(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
„Theaterehe“ mit Krefeld	<p>Bevor wir eine Aussage zum Theater-Haushalt 2009/2010 machen, wird das Organisationsgutachten, das uns zu Beginn des neuen Jahres vorgelegt werden soll, zu diskutieren sein. Wir gehen davon aus, dass Einsparmöglichkeiten aufgezeigt werden, die es uns erlauben, die Theater-Ehe mit Krefeld aufrecht zu erhalten und unserer Bürgerschaft weiterhin ein qualitativ hochwertiges Theaterprogramm zu bieten.</p>					
Strukturwandel					<p>Anstelle der bekannten Finanzinvestoren, die mit solchen Projekten unweigerlich Einzug halten, benötigen wir in Mönchengladbach zur Bewältigung des Strukturwandels die aktive Förderung und Unterstützung von Unternehmensgründern.</p> <p>Mit der Hochschule Niederrhein verfügt die Stadt über eine wissenschaftliche Einrichtung, mit und aus der sich heraus eine solche Gründungsoffensive aktiv entwickeln ließe. Seit Jahren zeigen Beispiele in Aachen oder Dortmund wie mit kommunal geförderten Gründerzentren aus Hochschulen erfolgreich neue Unternehmensgründungen realisiert werden können.</p> <p>In Mönchengladbach kann man sich oft dagegen des Eindrucks nicht erwehren, als wenn die politische Mehrheit dieses Rates noch nicht einmal die verschiedenen Fachbereiche der Hochschule kennen würde.</p>	

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Klimaschutzkonzept					<p>Zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Vermögen der nachfolgenden Generation gehört, dass sich der Rat der Stadt mit dem OB an der Spitze als Ziel die umgehende Verabschiedung und ernsthafte Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes für MG setzt. Mönchengladbach hat zwar beschlossen ein Klimaschutzkonzept zu entwickeln, doch dieser Prozess geht sehr langsam voran und konkrete Beschlüsse und Maßnahmen sind in weiter Ferne. Hier müsste die Verwaltung einen Schwerpunkt setzen und die Erarbeitung mit aller Kraft vorantreiben. Auch und gerade in Kommunen mit solch desolatem Haushalt sollte umgehend ein Energieeffizienzkonzept für die Stadt entwickelt werden.</p> <p>Klimaschutz vor Ort heißt auch Einstieg in den Wettbewerb um Firmenansiedlungen in den zukunftsorientierten Bereichen, wie Brennstoffzellen, Solarfabriken, Energiemanagement. Der tote Flughafen, in den Millionen vergeblich gesteckt wurden, der laufende Kosten verursacht und der ab 2010 mit dem Auslaufen der Verträge heftige finanzielle Auswirkungen auf die NVV haben wird, sollte als Fehlinvestition anerkannt werden und stattdessen eine Nachnutzung intensiv überlegt werden. Dabei sollte der Blick auf die regenerativen Zukunftsenergien und damit verbunden die Zukunftsarbeitsplätze gelegt werden. Das, meine Damen und Herren, könnte unsere Stadt weiterbringen. Ich wünsche mir hier den Spitzenplatz, den wir – leider – an etlichen anderen Stellen einnehmen.</p>	


(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Gebühren					<p>Hohe Gebühren belasten die Bürgerinnen und Bürger Mönchengladbachs gleich doppelt: Zum einen über die Ausgaben der privaten Haushalte und daneben über die von der Stadt selber in ihrem eigenen Organisationsbereichen zu bezahlenden Gebühren. Ob bei der Abfallentsorgung, beim Wasser und Abwasser, der Straßenreinigung und den Friedhöfen, Mönchengladbach ist für die Gebührenzahlenden ein teures Pflaster. Trotz der zu entrichtenden hohen Gebühren enttäuschen die dafür gebotenen Leistungen oft. Sei es im Bereich der Abfallentsorgung oder bei der Straßenreinigung, trotz hoher Gebühren hinterlässt unsere Stadt an vielen Stellen einen recht unsauberen Eindruck.</p> <p>Gleichzeitig schließen rekordverdächtige Gebühren im Bereich Abwasser und bei den Kanälen Schadens- oder Gefahrenlagen bei Starkregenereignissen nicht aus. Mönchengladbachs rote Laterne für die klassische Bestattung bei den Friedhofsgebühren lockt auch nicht, sondern weckt Ausschau und Interesse nach alternativen Orten und Bestattungsarten</p> <p>Mit den hohen Gebührenpreisen werden die Bürgerinnen und Bürger durch eine über Jahrzehnte verfehlte betriebene Stadtentwicklungspolitik zur Kasse gebeten.</p>	

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Ausweichspielstätte	<p>Für das Theater wurde auch eine Lösung gefunden, während der umfangreichen Sanierung seiner Spielstätte in Rheydt eine Ersatzspielstätte in einer Halle im Nordpark zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Kurzum: Die CDU-Fraktion steht zu unserem Theater. Sie sagt jedoch auch klar und deutlich: Bitte überfordern Sie uns nicht!</p>			<p>Die LiLO beantragt die Aussetzung des vorliegenden Beschlusses.</p> <p>Aus unserer Sicht ist zuerst zu prüfen, ob auf Grundlage des Gutachtens, das Herr Oberem in die Diskussion gebracht hat, eine befristete Ausnahmegenehmigung für die Zeit 2009/2010 möglich ist.</p> <p>Dass CDU und FDP das Thema „Theater an der Hindenburgstraße als Ersatzspielfläche“ meiden, wie der Teufel das Weihwasser, liegt an den anderen Plänen, die sie für diesen Bereich haben.</p> <p>Die im Gutachten dargestellten Kosten liegen jedoch wesentlich unter den Kosten, die in der Vorlage aufgeführt werden, so dass eine Prüfung absolut notwendig ist, bevor ein anderer Beschluss gefasst wird.</p>	<p>Nun steht im nächsten Jahr die Sanierung der Stadthalle Rheydt an. Der Umbau steht lange fest, eine bezahlbare Ausweichspielstätte kann uns der zuständige Dezernent Dr. Fischer aber immer noch nicht präsentieren. Jetzt, eine Woche vor Weihnachten, hat er festgestellt, dass die Sanierung der ehemaligen Wehrbereichsverpflegungshalle zu teuer ist. Und selbst bei Herrn Besten scheint es mittlerweile zu dümmern: er überlegt plötzlich, eventuell das ehemalige Schauspielhaus an der Hindenburgstraße als Ausweichspielstätte zu nutzen. Schön, dass Sie auch schon drauf gekommen sind, Herr Besten, wenn auch nicht von selbst. Diesen Vorschlag haben wir Ihnen frühzeitig und vielfach unterbreitet, wenn Sie sich erinnern möchten.</p> <p>Dies ist nur eine von vielen verpassten Chancen hier in der Stadt. Da müssen zig Millionen in den Brandschutz für das Gebäude des Stadttheaters an der Odenkirchener Straße investiert werden. Aber anstatt dies als Chance zu begreifen, wird in die Musealisierung der Immobilie investiert. Die Frage, wie sieht das kulturelle Leben in den nächsten 30 Jahren aus.</p> <p>Wer fordert, jetzt hierüber ernsthaft nachzudenken, bevor in eine Gebäudestruktur investiert wird, deren funktionale Mängel doch bekannt und augenfällig sind, dem wird quer über alle Bänke dieses Hauses hinweg geantwortet, dazu ist es jetzt zu spät. Da hätten Sie früher mit kommen müssen. Hier ist es für Neues schon immer zu spät gewesen. Ist es nicht das, woran wir krank sind. Ist es nicht dieses Fatale, das haben wir immer so gemacht, das uns in dieser Stadt immer und überall begegnet? War es nicht diese Haltung, mit der ohne Landeszuschüsse und Bundeszuschüsse vor zirka 30 Jahren 53 Millionen in das Gebäude an der Odenkirchener Straße investiert wurden, - ohne sich die Frage zu stellen, lässt sich eine Stadthalle funktional und wirtschaftlich in einem Opernhaus betreiben)</p>	<p>Fall Nr. 1: Ersatzspielstätte für das Theater!</p> <p>Kennzeichen dieser Sache sind einerseits die schlechte Vorbereitung durch die Verwaltung und andererseits die Leichtfertigkeit der Entscheidungsträger.</p> <p>Ein Objekt zu kaufen, ohne zu prüfen, was die Herstellung der Spielfertigkeit kosten wird, ist unverzeihlich fehlerhaft. In welcher Form auch immer, werden mindestens vier Mio. € den Haushalt belasten.</p> <p>Keine der mehreren Möglichkeiten, zu geringeren Kosten zu gelangen, ist ernsthaft geprüft worden. Hier spielt die SPD sogar mit Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU.</p> <p>Versteht sich, denn zu den Entscheidungsträgern beim vorschnellen Erwerb der Ersatzspielstätte gehörten die Mitglieder aus der SPD-Fraktion und der Oberbürgermeister.</p>

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach







Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Pahlkebad, Bäderkonzept	<p>Auch beim Thema „Bäder“ sollte uns niemand überfordern. Nach langen und strittigen Diskussionen hat sich der Rat für die Sanierung des Stadtbades Rheydt, im Sprachgebrauch auch Pahlke-Bad genannt, entschieden. Völlig unabhängig davon ist klar, dass die drei kleinen Hallenbäder in Odenkirchen, Morr und Hardt nur so lange in Betrieb bleiben können, wie keine größeren Reparaturmaßnahmen anstehen. Spätestens dann, wenn das Pahlke-Bad und anschließend das Hallenbad Rheindahlen saniert sind, werden wir uns aus Kostengründen von diesen drei kleinen Bädern trennen müssen. Umso mehr erstaunt es, wenn jetzt einige Kollegen aus anderen Fraktionen versuchen, sich als Retter der kleinen Bäder zu profilieren. Wenn Sie für Ihre Haltung, meine Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen, FWG und LiLO, eine Mehrheit finden, dann haben Sie auch zu verantworten, dass es nicht zu einer Sanierung des Stadtbades Rheydt kommen wird.</p>			<p>Die Fortschreibung des Bäderkonzeptes für die Stadt Mönchengladbach sieht vor, dass nach der Sanierung des Pahlke Bades und des Hallenbades Rheindahlen die Schulbäder Hardt und Morr und das Stadtbad Odenkirchen geschlossen werden sollen.</p> <p>Begründet wird das mit der Argumentation, dass die Bezirksregierung als Finanzaufsicht eine Überarbeitung des Bäderkonzeptes mit der Zielrichtung Kostensenkung fordert, weil sie ansonsten keine Möglichkeit sieht, die Finanzierung der Sanierung des Pahlke Bades mit der Stadt Mönchengladbach überhaupt nur zu erörtern. Im normalen Sprachgebrauch heißt so etwas Erpressung.</p> <p>Anstatt nun gegenüber dem Regierungspräsidenten diese Erpressung zurück zu weisen, wird der Bedarf für die kleinen Bäder Hardt, Morr und Odenkirchen anhand der Nutzungszeiten im Schulsport runter gerechnet, bis er nach der Sanierung der Bäder in Rheydt und Rheindahlen ab 2013 nicht mehr vorhanden ist. Wobei der Bedarf definiert wird mit Unterrichtseinheiten von je 60 Minuten für eine Klasse. Nach erfolgter Schließung könnten dann 600.000 EUR eingespart und der Regierungspräsident eventuell zufrieden sein. Die LiLO lehnt diese Fortschreibung des Bäderkonzeptes ab. Schwimmbäder sind nicht nur auf den Schulsport zu reduzieren. Im Stadtbad Odenkirchen schwimmen z.B. die Senioren. Sie halten sich fit und reduzieren dadurch Kosten im Gesundheitsbereich. Für sie würde dieses ortsnahe Angebot wegfallen. Auch die Kosteneinsparung ist eine geschönte Rechnung. Wenn die Schulen nicht mehr zu Fuß ins Schwimmbad gehen können, benötigen sie z.B. einen Bus.</p> <p>Für Odenkirchen würde das zum Beispiel Fahrtkosten für die Förderschule, die Grundschulen Burgbongert und Astrid-Lindgren, Hauptschule Kirschhecke und das Gymnasium bedeuten. Eine ähnliche Problematik ergibt sich für die Schulen in Hardt. Bei notwendigen Busfahrten sind auch die Schwimmzeiten eine Zumutung, speziell für Grundschüler.</p> <p>Innerhalb von 90 Minuten Busfahrt, Umziehen, Duschen, Schwimmunterricht, Anziehen und Busfahrt zurück ist eine Tortour, bei der maximal 20–25 Minuten Schwimmzeit übrig bleiben.</p>		<p>Fall Nr. 3: Bäderkonzept</p> <p>Dieser Vorgang zeichnet sich aus durch leichtfertigen Umgang mit möglichen Bemessungsgrundlagen für die in Mönchengladbach benötigten Wasserflächen. Die FWG-Fraktion hatte im Hauptausschuss bereits nachgewiesen, dass die Angaben über den Bedarf falsch sind.</p> <p>Dem Herrn Fraktionsvorsitzenden der CDU war das so einsichtig, dass er fast bereit war einen Prüfungsauftrag für die Verwaltung mitzutragen. Dann besann er sich eines anderen, und die falsche Verwaltungsvorlage wird zum Maßstab werden für eine Reihe von kostenträchtigen Maßnahmen.</p>

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
				<p>In diesem Zusammenhang regen wir auch an, zumindest die Nutzungszeiten bei den Grundschulen organisatorisch zu ändern. Jeweils einer Schule sollen die gesamten 6 Unterrichtsstunden am Vormittag angeboten werden können. Dann haben die Klassen die Möglichkeit, die drei Sportstunden auch auszunutzen. Es kann ein nahtloser Übergang geplant werden, um so zusätzliche Schwimmzeiten zu bekommen. Die jetzige Regelung ist von der Zeit uneffektiv. Und gerade bei Maßnahmen, die nichts kosten und sogar noch Kosten sparen können, sollte die Verwaltung aktiv werden.</p> <p>Die LiLO spricht sich für den Erhalt der Bäder Hardt, Morr und Odenkirchen aus. Nach Abschluss der Sanierung des Stadtbades Rheindahlen muss ein Sanierungskonzept für diese Bäder entwickelt werden.</p>		
Ehemalige Mülforter Zeugdruckerei					<p>Ein Bereich, in dem es im wahrsten Sinne des Wortes ständig brennt, ist das Gelände der ehemaligen Mülforter Zeugdruckerei und Färberei Heinrich Bresges. Durch die wiederholten Einsätze der Feuerwehr auf dem Gelände fallen stetig Kosten an, dazu sind Personenschäden bei weiteren Brandfällen nicht auszuschließen. Ursächlich für die Brandfälle sind vor allem Unterlassungen der Eigentümer, denen gegebenenfalls eine Ersatzvornahme angedroht werden muss, im Zweifelsfalle sogar eine Pfändung der Industriebrache, damit die Maßnahmen, die die Stadt zur Abwehr von Gefahren unternehmen muss, beglichen werden. Dass Sie unseren Antrag, dieses Problem anzugehen, als unzulässig werten, indem sie sich auf die falsche Rechtsmeinung des Dezernenten Dr. Schmitz stützen, spricht für sich.</p>	

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Giesenkirchen 2015	<p>Die CDU-Fraktion ist nach wie vor überzeugt, dass wir mit diesem Projekt den richtigen Weg eingeschlagen haben. Es bietet die Chance, für Giesenkirchen auf dem ehemaligen Freibadgelände eine neue, moderne Sportanlage zu schaffen und diese dadurch zu finanzieren, dass sanierungsbedürftige Sportflächen aufgegeben und als Bauland wirtschaftlich verwertet werden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es zu diesem Projekt auch andere Sichtweisen gibt, die ich im Einzelnen an dieser Stelle nicht kommentieren will. Nur zur Kritik, dass es keinen Bedarf an Wohnbauflächen gäbe, ein kurzer Hinweis. Korschbroich weist in unmittelbarer Nachbarschaft 200 neue Baugrundstücke aus und handelt durchaus richtig. Denn wer kein Angebot hat, wenn es Nachfrage gibt, macht selten ein Geschäft. Das gilt für die Brötchen beim Bäcker genauso wie beim Bauland. Selbstverständlich respektieren wir, dass die Kritiker von Giesenkirchen 2015 versuchen, das Projekt mit einem Bürgerbegehren zu stoppen. Wir werden sehen, ob die erforderliche Zahl von Unterschriften erreicht wird. Wenn es so sein sollte, sieht die Gemeindeordnung vor, dass dieser Rat sich wieder mit dem Thema zu befassen hätte. Warten wir ab.</p>				<p>Ein weiteres Beispiel für verfehlte Stadtplanung verfolgen wir seit geraumer Zeit in Giesenkirchen mit dem Projekt „2015“. Im Vergabeausschuss beschlossen Sie mit Ihrer Mehrheit, das Unternehmen Geo 3 mit den Ingenieurleistungen zum Umbau des Kunststoffrasens auf der Bezirkssportanlage Bergerfeld durch die Verwaltung beauftragen zu lassen. Geo 3 hatte Planungsunterlagen für das Projekt „Giesenkirchen 2015“ erstellt, ein CDU-Projekt ohne vorherige Ausschreibung, das Bezirksvorsteher Frank Boss gegen jegliche Widerstände der Bürger vorantreibt. Der massive Protest der Bürger in Giesenkirchen (und nicht nur dort) scheint Ihnen, mein Damen und Herren, ja nicht im Geringsten zu denken zu geben.</p>	

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach







Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Infrastrukturmaßnahmen	<p>Unsere Bundeskanzlerin, Frau Angela Merkel, hat gestern darauf verwiesen, dass Deutschland bei einem weiteren Konjunkturpaket vor allem auf Infrastrukturmaßnahmen - Straßenbau, Breitbandkommunikation und die Sanierung von Schulgebäuden - setzen werde. Für uns wäre es hervorragend, wenn sich dies in der Finanzausstattung der Kommunen niederschlagen würde.</p>			<p>Ein dritter Bereich, der prädestiniert ist, um prophylaktisch zu wirken, ist der Verkehrsbereich. Die Autovorrangpolitik ist weder aus gesundheitlichen, ökologischen noch aus ökonomischen Gründen weiterhin tragbar.</p> <p>Zurzeit läuft ein Straßenbauprojekt an, bei dem 700 Meter Straße vom Stapper Weg bis zur Duvenstraße laut Planung 19 Millionen EUR kosten.</p> <p>Ab 2011 sollen dann die nächsten 500 Meter von der Hubertusstraße bis zum Reststrauch gebaut werden. Ebenfalls Kosten im zweistelligen Millionenbereich. Wie haben Sie, Herr Kuckels, noch so schön formuliert? Zitat: „Wir müssen deshalb verstärkt nach Wegen suchen, Investitionen dazu zu nutzen, ja gezielt darauf auszurichten, nicht neue Folgekosten auszulösen, sondern bisherige Folgekosten nachhaltig zu reduzieren.“</p> <p>Im Vorfeld der Einführung von NKF hat die LiLO darauf hingewiesen, dass mit der Einführung von NKF deutlich wird, was uns eine Maßnahme kostet und welche Folgekosten entstehen bzw. welcher Wertverlust eintritt.</p> <p>Der Zeitwert der Straßen beträgt 464 Millionen EUR. Für den Erhalt benötigen Sie jährlich 22 Millionen. 1,6 Millionen EUR haben Sie in den Haushalt eingestellt. Gerade mal 7 % des benötigten Bedarfes. So sieht die Bilanz bei den Straßen aus. Anstatt an dieser Stelle und bei diesen Zahlen einen Schnitt zu machen, wird ungehindert nach der Methode „Weiter so“ verfahren. In unserer heutigen Zeit bekommen Sie keine Verkehrsbelastung mehr mit immer mehr Straßen.</p> <p>Eine Reduzierung und eine Entlastung bekommen Sie nur mit einer Vorrangpolitik für den ÖPNV. Das funktioniert ganz gut in den Städten, die diesen Weg gegangen sind bzw. andere Prioritäten gesetzt haben. Da brauchen sie auch nicht bis Freiburg oder Münster zu schauen.</p>	<p>Der ungebremste Flächenfraß, aus stadtökologischer Sicht von unserer Seite häufig kritisiert, führt heute für breite Bevölkerungsschichten bei seit Jahren stagnierenden Einkommen immer mehr zur wachsenden finanziellen Belastung. Diese besorgniserregende Kostenentwicklung begegnet uns auch bei den Netzkosten für Strom und Gas, den steigenden Kosten für die Betreuungskosten in den Einrichtungen für Kinder, den Schulen oder beim öffentlichen Personennahverkehr. Absehbar und verschärfend wirkt hierbei eine geringer werdende Einwohnerzahl, die die wachsenden Kosten für eine ständig weiter ausbreitende Grundstruktur und deren Instandhaltung tragen muss.</p> <p>Obwohl bei chronischer Unterfinanzierung des städtischen Haushalts der stetig steigenden Instandhaltungsaufwand schon seit Jahren nicht mehr ausreichend bewältigt wird. Der Zustand vieler Straßen und städtischer Gebäude belegen das bestehende Unterhaltungsdefizit von über 80 Mio. EUR eindrucksvoll. Dabei ist der Substanzverlust und der hieraus resultierende Vermögensverzehr das eigentlich Erschreckende.</p> <p>Warum werden diese Zusammenhänge seitens der Verwaltung und Politik eigentlich so wenig reflektiert? Während Versorgungsunternehmen, um Einsparpotentiale zu finden, ihre Strukturen heutzutage ständig durchleuchten, betrachtet die übergroße Mehrheit dieses Rates die volkswirtschaftlichen Folgekosten, ihres städtebaulichen Handelns wenig bis kaum. Auch in dieser gravierenden Unterlassung liegt eine der hausgemachten Ursachen für die besorgniserregende Finanzlage Mönchengladbachs.</p>	


(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Hundesteuer				<p>Die Empfehlung basiert auf dem unsäglichen Rödeltgutachten, das bekannt dafür ist, kurzfristige Sparerfolge zu erzielen, ohne andere und weitergehende Faktoren zu berücksichtigen. Der Gedanke der Theaterschließung ist solch ein Beispiel.</p> <p>Als erstes ist für uns der Begriff Kampfhund diskriminierend und stigmatisierend. Diese Tiere werden von Menschen als Kampfhunde missbraucht. Es wäre also wichtig, gegen die Menschen vorzugehen, die diese Hunde missbrauchen und nicht die zu bestrafen, die ein solches Tier artgerecht halten.</p> <p>Denn in der Beißvorfallstatistik rangiert der Deutsche Schäferhund vor den hier aufgeführten Hunderassen.</p> <p>Als zweites zweifeln wir den finanziellen Effekt an. Der im Rödeltgutachten dargestellte Effekt berücksichtigt weder die Tatsache, dass nach der Erhöhung der Hundesteuer viele Hunde abgemeldet und im Tierheim landen. Dazu haben sich ja schon die Tierschützer gemeldet. Die Mehreinnahmen sind somit nicht zu erzielen. Ferner wird der Aufwand zur Erhebung der Steuer nicht berücksichtigt.</p> <p>Diese Folgekosten werden dazu führen, dass eher weniger als mehr Einnahmen zur Verfügung stehen.</p>	<p>Bekanntlich haben CDU / FDP die Firma Rödl und Partner beauftragt, Maßnahmen zu entwickeln, die helfen, den Haushalt wieder auszugleichen. Da stehen so unsinnige Vorschläge darin, wie die Hundsteuer für sogenannte „gefährliche“ Hunde zu erhöhen und Hundehalter intensiver zu kontrollieren. Im Übrigen ist die vermutete rassebedingte Gefährlichkeit inzwischen eindeutig durch Testreihen der Tiermedizinischen Hochschule Hannover widerlegt.</p> <p>Derartige Verzweiflungsaktionen bringen uns aber nicht weiter. Nach den Erkenntnissen der Verwaltung leben in Mönchengladbach derzeit 72 „Kampfhunde“. Mit der höheren Besteuerung geht die Einrichtung einer neuen Stelle in der Verwaltung, die über 50.000 Euro im Jahr kosten wird, einher.</p> <p>Nur 45.000 Euro Einnahmen sind theoretisch ermittelt, gleichzeitig sollen „Kampfhunde“, deren Ungefährlichkeit ihre Halter nachweisen können, von der Erhöhung ausgenommen bleiben, was wiederum die jährliche Einnahme von 45.000 Euro verringert. Selbst die Tatsache, dass der Kämmerer selbst es war, der gegen die Einführung dieser Steuererhöhung Stellung bezog, konnte die örtliche Liga gegen das Kampfhundunwesen nicht bremsen.</p> <p>Die politischen Befürworter der „Kampfhundsteuer“ sollten sich fragen, „Glaube ich tatsächlich, dass diejenigen, die ihre Kampfhunde gestern nicht gut erzogen haben, morgen nicht einfach auf andere Hunderassen zurückgreifen würden, für die man keine Kampfhundsteuer zahlen muss, obwohl sie aufgrund einer unverantwortlichen Haltung ähnliche Gefahrenpotentiale aufweisen?“ Ist es Hundehaltern zu verübeln, dass sie aufgrund einer solch unsinnigen Steuer über einen Wegzug aus Mönchengladbach nachdenken?</p> <p>Bei alledem gewinnen die Hundehalter den Eindruck, einer Verwaltung und Politik ausgeliefert zu sein, die auf der einen Seite für Hundehalter, wie die ergebnislose Diskussion in punkto Freilaufflächen gezeigt hat, nichts unternehmen möchte; auf der anderen Seite jedoch wieder einmal herausfindet, wie sich durch eine unsinnige Steuererhöhung noch ein paar Euro herausholen lassen.</p>	<p>Fall Nr. 4:</p> <p>Hundesteuer für sog. Kampfhunde</p> <p>Hier wird ohne Gegenrechnung mit den Kosten der Verwaltung für diese Einnahmequelle eine Einnahme von rd. 43.000 € erschlossen. Ob das zweckmäßig ist, ist innerhalb der Verwaltungsführung umstritten. Die Aufwendungen werden wahrscheinlich den Erlös übersteigen.</p>







Thema	 Rolf Besten	 Dr. Anno Jansen-Winkeln	 Lothar Beine	 Helmut Schaper	 Karl Sasserath	 Erich Oberem
Handlungsspielräume		<p>Insgesamt addieren sich die Handlungsspielräume, die sich im Etat darstellen lassen, auf wenige Millionen. Sich hier hinzustellen und zu behaupten „Meine alternative Entscheidung hätte zur Gesundung des Haushalts geführt“, ist absurd. Dazu gibt es überhaupt kein ausreichendes Potential an Spielräumen im Haushalt. Lediglich ein leichtes Herausschieben des Endpunktes, an dem das kommunale Finanzsystem nicht mehr funktioniert, ist erreichbar. Und dies müsste meiner Ansicht nach ohnehin gemeinsames Ziel sein.</p>	<p>Wer sich diesen Haushalt anguckt, sieht es deutlich: Der Baum brennt und es ist allerhöchste Zeit, die Löschmittel einzusetzen. Diese Ratsmehrheit aber kommt mir vor wie die Kapelle auf der Titanic: Während das Schiff untergeht, wird weiter gespielt! Nicht die riesengroßen Sorgen der Menschen in der Stadt beschäftigen Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP! Nein, Sie sind wenige Monate vor der Wahl mit sich selbst beschäftigt! Mit diesem Haushalt und deren Folgen für die Menschen und die Stadt haben Sie sich jedenfalls nicht viel beschäftigt, wie die Haushaltsberatungen gezeigt haben.</p>			







(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Haltung zum Haushalt 2009	<p>Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2009 und dem Haushaltssicherungskonzept der Stadt Mönchengladbach zu.</p> <p>Wir sind überzeugt, dass dieser Beschluss richtig und verantwortbar ist. Wir wollen und können mit diesem Haushalt die Rahmenbedingungen für Mönchengladbach verbessern. Nur gute Rahmenbedingungen veranlassen private Investoren, ihr Geld in unserer Stadt anzulegen, und sie sind der Grund dafür, dass sich die Menschen entscheiden, in unserer Stadt zu leben.</p>	<p>Der SPD-Oberbürgermeister hat mit seinem Verwaltungsteam einen Haushalt zur Abstimmung vorgeschlagen, der von CDU und FDP zu 99% unverändert belassen wurde. FDP und CDU haben lediglich an einigen uns wichtigen Punkten Akzente gesetzt. Akzente sehen wir vor allen Dingen in der Tatsache, dass wir den schulischen Bereich ausreichend mit Geld versorgt haben. Hier kam es nicht zu Kürzungen, sondern zu Etat-Ausweitungen. Die Räumlichkeiten für die Gesamtschule in Neuwerk wurden genauso realisiert wie die Sanierung des Gebäudes Gartenstraße. Bildung ist eine Ausgabe für die Zukunft; hier darf der Rotstift nicht angesetzt werden. Auch in den Bereichen Sport, Schwimmbäder und beim Theater haben wir das Möglichste getan. Das notwendige Augenmaß regiert aber in jeder Ausgabenposition.</p>	<p>Die mit diesem Haushalt vorgelegten Zahlen sind eher noch zu schön gezeichnet. Die sich abzeichnende schwieriger werdende wirtschaftliche Lage mit möglichen Einbrüchen bei den Einnahmen und möglichen Steigerungen bei den Ausgaben ist ebenso wenig eingerechnet, wie der nicht erfolgte Verkauf der RWE-Aktien oder aber die fehlenden Dividendenzahlungen der städtischen Töchter NVV und EWMG. Dies wird den Haushalt 2009, dies wird die folgenden Haushalte noch – vielleicht dramatisch – verschlechtern.</p> <p>Die drohende Überschuldung der Stadt wird voraussichtlich nicht erst 2020, sondern bereits erheblich früher erreicht werden, wenn nicht eine Kehrtwende erreicht wird.</p> <p>Sie packen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die strukturellen Probleme, die dieser Haushalt mit aller Offenheit zeigt, nicht an: Sie schreiben Defizite von jährlich über 100 Millionen € fort, bis die Stadt überschuldet ist. Dieser Haushalt zeigt keinerlei Perspektiven für die Stadt auf, zeigt nicht, wie die Zukunft bewältigt werden kann.</p> <p>Durch dieses Nicht-Handeln werden Eingriffe der Bezirksregierung und des Innenministeriums, wie in Oberhausen und jetzt Duisburg, geradezu provoziert. Die Folgen für unsere Stadt und die Menschen wären verheerend:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ null Handlungsspielraum ▪ null Investitionen ▪ null Optionen <p>So macht man die eigene Stadt kaputt!</p> <p>Sie sind offensichtlich, meine Damen und Herren aus CDU und FDP, das zeigt die aktuelle Situation in aller Deutlichkeit, mit sich selbst beschäftigt und haben weder Mut noch Kraft, die Probleme dieser Stadt zu bewältigen.</p> <p>Ich kann für unsere Stadt nur hoffen und uns allen nur wünschen, dass dies der letzte Haushalt war, der in Ihrer Verantwortung verabschiedet wird.</p> <p>Unsere Stadt braucht Menschen und eine Mehrheit, die bereit sind, mit mutigen Entscheidungen unsere Stadt wieder zukunftsfähig zu machen.</p>	<p>Aus unseren Darlegungen ergibt sich, dass die LiLO nachher mit „Nein“ stimmen wird!</p>	<p>Hier, meine Damen und Herren von CDU/FDP, finden Sie einen weiteren Grund, weshalb die Fraktion Bündnis 90 Die Grünen dem Haushalt 2009 nicht zustimmen wird.</p> <p>Warum werden diese Zusammenhänge seitens der Verwaltung und Politik eigentlich so wenig reflektiert? Während Versorgungsunternehmen, um Einsparpotentiale zu finden, ihre Strukturen heutzutage ständig durchleuchten, betrachtet die übergroße Mehrheit dieses Rates die volkswirtschaftlichen Folgekosten, ihres städtebaulichen Handelns wenig bis kaum. Auch in dieser gravierenden Unterlassung liegt eine der hausgemachten Ursachen für die besorgniserregende Finanzlage Mönchengladbachs.</p> <p>Gerade das Projekt 2030 bot mit dem Ansatz dem vernünftigen Vorschlag des Oberbürgermeisters anstelle einer weiteren Entwicklung der Außenbereiche, die innerstädtischen Bereiche zu stärken, ein wirkungsvolles Umsteuern. Aber wie so oft in Mönchengladbach zerredeten die Sprecher der Mehrheitsfraktionen eine Chance im klein karierten politischen Gezänk.</p> <p>Zur Lösung der strukturellen Probleme Mönchengladbachs bietet Ihre Politik offensichtlich keine Perspektive. Sie stehen für Stillstand. Das ist schlecht für die Stadt und schlecht für die Bürger, die Ihrem Tun bei der Kommunalwahl im nächsten Juni hoffentlich einen Riegel vorschieben, indem sie Ihnen mit ihrem Votum die Mehrheit in diesem Rat entziehen.</p>	<p>Zusammengefasst bezogen auf das jetzige Haushaltssystem stehen wir vor einer Situation, bei der Sie das, was Sie beschließen, nicht abschließend erkennen und beurteilen können. Selbst wenn Sie das System handhaben könnten.</p> <p>Ich bin nicht sicher, ob vor diesem Hintergrund eine Entscheidung, die sie heute und hier treffen, soweit Sie positiv zu diesem Haushalt stehen, eine Entscheidung ist, bei der Sie fahrlässig Schaden für die Stadt verursachen, weil Sie die Folge ihres Tuns nicht mehr beurteilen können.</p>

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
			Menschen und eine Mehrheit, die den zukünftigen Generationen Perspektiven geben und die finanzielle Freiheit, noch eigene Entscheidungen treffen zu können.			

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
Schlusswort	<p>Populismus und Opportunismus in dem Sinne, dass wir unsere Grundsätze um des kurzfristigen Erfolgs willen aufgeben, sind nicht unsere Sache. Wir wollen bei den Bürgerinnen und Bürgern keine falschen Erwartungen wecken. Unser Handeln ist verantwortungsvoll und trägt dazu bei, dass sich unsere Stadt positiv entwickelt.</p> <p>Für uns ist und bleibt Mönchengladbach eine lebens- und liebenswerte Stadt, für die es sich auch in schwierigen Zeiten zu arbeiten lohnt.</p>	<p>Inhaltlich sind die Unterschiede zum vorgelegten Haushalt aber so gering, dass zumindest der SPD-Oberbürgermeister im Hauptausschuss keinen Grund darin gesehen hat, seinem Haushalt nicht zuzustimmen. Wenn die SPD sich also heute hier vorne hinstellt und vor allen Dingen die Ablehnung auf inhaltliche Aussagen zum Haushalt stützt, dann konterkariert sie selber ihren wichtigsten Mann, den Oberbürgermeister. Bedenken Sie, meine Damen und Herren: Dieser Haushalt hat sozusagen den Gütestempel des Oberbürgermeisters und ist zu großen Teilen seine genuine Arbeit. Und dieser Haushalt wird von dieser SPD abgelehnt – das ist in unseren Augen haarsträubend.</p> <p>Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Nachdem ich den Haushalt hier von 4 Seiten beleuchtet habe, muss man doch Folgendes festhalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Die Ablehnung kann man nicht daran festmachen, ob das persönliche Lieblingsprojekt im Etat enthalten ist oder nicht. Eine solche Entscheidungsgrundlage wäre absurd. 2 Die Steuerungsmöglichkeiten des NKF sind systembedingt noch sehr gering. An Steuerungskonzepten eine Ablehnung festzumachen, ist momentan angesichts von Alternativlosigkeit nicht möglich. 3 Die Mehrzahl der Ausgaben ist gesetzlich fixiert. Sie sind alternativlos. Insofern besteht auch hierin kein Ablehnungsgrund. 4 Die Mehrzahl der Inhalte sind vom Oberbürgermeister vorgeschlagen worden, und eine Ablehnung aufgrund inhaltlicher Aspekte kann nur vorgeschoben sein. <p>Somit bleibt die Frage „Was bleibt übrig?“, wenn man einmal die pressewirksamen Erklärungen beiseite schiebt. In Wahrheit haben wir es bei der Fragestellung von Ablehnung oder Zustimmung doch mit einem ganz einfachen Sachverhalt zu tun.</p> <p>Der SPD-Oberbürgermeister ist bereit, Verantwortung für seinen Haushalt zu tragen. Er steht damit diametral im Widerspruch zu seiner Fraktion.</p>	<p>Wir sind dazu bereit, mit diesem Oberbürgermeister Norbert Bude zukünftig Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen.</p> <p>Den vorgelegten Haushalt der Perspektivlosigkeit lehnen wir ab!</p>			<p>... Hinzu kommt eine Führungsschwäche in der Verwaltung.</p> <p>Der Oberbürgermeister hat offensichtlich nicht den Willen, seine Führungsmöglichkeiten im Rahmen des § 80 GO einzusetzen. Er hat den vom Stadtkämmerer aufgestellten Entwurf bestätigt. Eine Einwirkung wäre uns nicht verborgen geblieben. Denn in diesem Falle hätten wir eine abweichende Stellungnahme des Stadtkämmerers erfahren müssen.</p> <p>Eine führungstechnisch falsche Entwicklung zeigt uns die Problematik „Pahlkebad“. Die Kosten für die Erhaltung der Betriebsbereitschaft wären tragbar gewesen, wenn die Verwaltungsführung spürbar geworden wäre.</p> <p>Leider war das nicht der Fall. Die Konsequenz sind höhere haushaltsdefizitfördernde Ausgaben. Der Denkmalschutz ist dafür nicht verantwortlich. Die defizit erhöhende Verantwortung tragen Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP zusammen mit dem Herrn Oberbürgermeister allein.</p> <p>Eine Einrichtung, von der man Einwirkung auf das Haushaltsgebaren erwarten musste, ist völlig unwirksam geworden. Dies ist das Rechnungsprüfungsamt. Die Begleitung der Auftragsvergaben ist gekennzeichnet von Unsicherheit und Entschlossenlosigkeit. Beispiele sind Beschaffungen für die Feuerwehr, die Vergabe von Planungsleistungen aus dem Sportbereich und der Kulturverwaltung.</p> <p>Der Umgang mit einem Prüfungsauftrag des Rates auf der Basis eines FWG-Sparvorschlages war - auch wenn er die Zustimmung von CDU und FDP erfuhr – vorsichtig ausgedrückt - völlig inakzeptabel. Seit längerem läuft die Untersuchung, welche Auswirkungen Restbildung und die Höhe der Unternehmervergütungen auf die Höhe der besonders teuren Kassenkredite haben. Ob es wohl ein Prüfungsergebnis geben wird?</p> <p>Die FWG-Fraktion wird den Haushaltsentwurf ablehnen.</p>

Thema	 CDU Rolf Besten	 FDP Dr. Anno Jansen-Winkeln	 SPD Lothar Beine	 LiLO Helmut Schaper	 Bündnis 90 Die Grünen Karl Sasserath	 FWG Erich Oberem
		<p>Die CDU ist bereit, Verantwortung für diesen Haushalt zu tragen.</p> <p>Die FDP ist bereit, Verantwortung für diesen Haushalt zu tragen.</p> <p>Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, rufe ich deswegen zu: Wenn auch Sie bereit sind, Verantwortung für diese Stadt und ihre Bürger zu tragen, seien Sie konsequent, reden Sie nicht immer nur, stimmen Sie diesem Haushalt zu.</p>				

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach